

P R O T O K O L L

über die 22. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr
am Dienstag, 15. Dezember 1981, im Rathaus, 1. Stock hinten,
Gemeinderatsitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

A n w e s e n d :

VORSITZENDER:
Bürgermeister Franz Weiss

VIZEBÜRGERMEISTER:
Heinrich Schwarz
Karl Fritsch

STADTRÄTE:
Rudolf Fürst
Anna Kaltenbrunner
Konrad Kinzelhofer
Manfred Wallner
Leopold Wippersberger
Johann Zöchling

GEMEINDERÄTE:
Hermann Bachner
Ingrid Ehrenhuber
Roman Eichhübl
Franz Enöckl
Karl Feuerhuber
Walter Heumann
Karl Hochrather
Karl Holub
Wilhelm Kern
Walter Köhler
Herbert Lang
Hermann Leithenmayr
Otilie Liebl
Johann Manetsgruber
Winfried Mausz

Franz Mayr
Rudolf Pimsl
Josef Radler
Friedrich Reisner
Erwin Schuster
Herbert Schwarz
Ernst Seidl
Rudolf Steinmassl
Franz Steinparzer
Otto Treml
Helmut Zagler

VOM AMT:
Magistratsdirektor Obersenatsrat
Dr. Johann Eder
Magistratsdirektor-Stellvertreter
Senatsrat Dr. Franz Knapp
Senatsrat Dr. Kurt Wabitsch
Präsidialdirektor Oberamtsrat
Roland Postler
Rechnungsdirektor Oberamtsrat
Ludwig Stary
Oberamtsrat Walter Kerbl

PROTOKOLLFÜHRER:
Oberamtsrat Walter Radmoser
VB Gerda Gugenberger

T A G E S O R D N U N G

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gemäß § 51 Abs. 3 Stadtstatut

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Verhandlungsgegenstände

BERICHTERSTATTER STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

- 1) Ha-974/80 Mittel aus der Nahverkehrsförderung; Kostenersatz an die Stadtwerke.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MANFRED WALLNER:

- 2) Bau5-7247/80 Errichtung der Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen; Mittelfreigabe.
- 3) Bau3-2827/75 Übernahme von Straßen und Wegen in der Waldsiedlung in das öffentliche Gut.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

- 4) Bau4-5018/53 Sanierung Ennstalbrücke und Umfahrung Märzenkeller-Brücken; Kostenanteile der Stadt Steyr.
Bau3-1501/72
- 5) Bau3-1400/81 Asphaltierungsprogramm 1981; Erhaltungsarbeiten im Bereich der Bundesstraßen.
- 6) Bau3-791/78 Fußgängerübergang Marienstraße - Neuschönau; Ergänzung des GR-Beschlusses vom 7. 7. 1981.
- 7) Bau3-1501/72 Baulos Märzenkellerumfahrung - 2. Teilzahlung; Ergänzung des GR-Beschlusses vom 2. 4. 1981.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF FÜRST:

- 8) Bau6-3099/78 Errichtung des Ennsdükers I samt Pumpwerk C und
Bau6-3965/79 des Ennsdükers II; Vergabe der Bauleitung
- 9) Ha-3600/81 Voranschlag 1982.
- 10) Ha-3600/81 Voranschlag 1982 - Zusatzantrag.
Beschluß einer Kreditsperre.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Besucher, ich eröffne die heutige Gemeinderatsitzung. Es ist bekanntlich die letzte im Jahr 1981 und sie ist überwiegend dem Voranschlag der Stadt Steyr für 1982 gewidmet. Ich stelle fest, daß die ordnungsgemäße Einberufung ergangen ist, die Beschlußfähigkeit ist durch die Anwesenheit der Mitglieder gesichert. Als Protokollprüfer für heute werden vorgeschlagen Herr Gemeinderat Steinmaßl und Herr Gemeinderat Mayr. Ich sehe, die beiden Herren stimmen dem Vorschlag zu danke.

Es liegt eine Entschuldigung von Herrn Gemeinderat Sablik vor, der befindet sich in Krankenbehandlung. Gemeinderat Holub wird später eintreffen, Gemeinderat Leithenmayr muß die Sitzung zwischenzeitlich verlassen.

Anfragen sind keine vorliegend, das möchte ich hier bekanntgeben.

Und unter dem Punkt "Mitteilungen" kann ich mich heute in Anbetracht der Situation relativ kurz fassen.

Am 2. Dezember haben der Herr Magistratsdirektor und ich in einem Gespräch mit Landeshauptmann-Stv. Dr. Hartl als Gemeindereferent die Subventionen oder Bedarfszuweisungen für das Referat der Stadt Steyr behandelt. Es ist zunächst gelungen, eine Umwidmung von 3 Mill. Schilling noch auf das heurige Jahr zu erreichen. Hier waren die gewidmeten Probleme noch nicht so weit zur Finanzierung ausgereift, so daß wir hier eine Umwidmung beantragt und auch erreicht haben. Für nächstes Jahr wurden uns zugesichert, 11 Mill. Schilling aus Bedarfszuweisungen und zuzüglich noch für 1982 und 1983 je 2 Mill. Schilling aus dem Titel der Errichtung des Motorenwerkes, wo bekanntlich der Stadt zusätzliche Kosten durch die Aufschließung erwachsen.

Am Donnerstag, 3. Dezember, war eine große Besprechung im Parlament bei Bauminister Sekanina angesetzt, Problemstellung S 37. Es waren dort vertreten der Herr Landeshauptmann, Landesrat Winetzhammer, die Schutzgemeinschaft Hergelsberg, der Bürgermeister von Kronstorf, jener aus Dietach, und von der Stadt Steyr außer meiner Person noch Vizebürgermeister Fritsch und die Beamten Baudirektor Ehler und Ing. Grassnigg. Das Gespräch hat leider nicht den Erfolg gebracht, wie er zu erwarten gewesen wäre. Es hat sich nämlich neuerdings im Thema selbst eine Verschiebung ergeben, ab Jänner wird dieses Problem wieder zur Behandlung stehen. Die Vertreter der Stadt sind aber nicht abgerückt vom gemeinsamen Beschluß, die S 37 ist eine unabdingbare Notwendigkeit zur Erschließung des Wirtschaftsraumes Region Steyr, was bekanntlich von dieser Schutzgemeinschaft immer wieder bestritten wird. Es hat sich aber doch gezeigt, daß der Herr Minister und ich denke auch der Landeshauptmann, insbesondere Landesrat Winetzhammer, sich der Auffassung der Stadt Steyr voll angeschlossen haben bzw. anschließen werden.

Die Müllbeseitigung wird immer brennender, auch hier sind wieder Gespräche geführt worden, es geht um eine Anlage von 80 bis 90 Millionen Schilling. Leider konnte bis heute noch keine Festlegung auf ein System getroffen werden. Es ist hier eine derart tiefgreifende Bewegung im Gang, was die Technologie betrifft, daß vermutlich jede Entscheidung, die heute getroffen werden muß und sie wird getroffen werden, in einem Jahr unter Umständen von der Technologie her überholt sein kann. Ich treffe diese Aussage deswegen, um zu zeigen, wie diffizil diese Angelegenheit ist und wie schwierig eine wirklich profunde Entscheidung herbeizuführen sein wird. Jedenfalls werden auch hier die Gespräche fortgesetzt und ich hoffe, daß wir 1982 mit dem bisher schon zugesicherten Bau beginnen können.

Eine Mitteilung, die ich Ihnen gerne mache und die Sie auch gerne aufnehmen werden, ist die, daß wir heuer im Jahr der Behinderten versucht haben, zumindest auf den Gehsteigen Erleichterungen zu schaffen. Dafür hat die Stadt heuer 444.395,- Schilling aufgewendet, um die am meisten begangenen Straßenzüge bzw. Gehsteigkanten abzuschrägen, um sie für Behinderte leichter begehbar zu machen. Außerdem haben wir eine blindengerechte Ampel errichtet in der Pachergasse bei der Autobushaltestelle. Die Kosten hiefür waren 15.000 Schilling und wie wir sehen, sind alle diese Maßnahmen sehr gut aufgenommen worden.

Meine Damen und Herren, heute hat im Beisein von Kollegen Schwarz und Senatsrat

Dr. Knapp in der HTL eine große Besprechung stattgefunden über den weiteren Ausbau der HTL. Es waren Vertreter der beiden Ministerien anwesend, Bundesministerium für Bauten und Technik und Bundesministerium für Unterricht und Kunst, sowie das Land Oberösterreich, Landesbaudirektion. Soweit ich aus den jetzigen Informationen entnehmen kann, war das Gespräch soweit gediehen, daß man zur Kenntnis nimmt, den Wunsch der Stadt Steyr unter größtmöglicher Schonung des Amateursportplatzgeländes den Ausbau der HTL zu betreiben. Es liegt von Architekt Reitter eine Vorstudie vor – es wird hier vermutlich eine beschränkte Ausschreibung für sechs Teilnehmer aus Oberösterreich erfolgen. Nach der Vorstudie von Architekt Reitter ist erwiesen, daß es sogar möglich wäre, ohne Inanspruchnahme des Amateursportplatzes die HTL in jenen Zustand zu bringen, der den heutigen Erfordernissen der Schulzwecke entspricht. Es wird nun an den Planern liegen bzw. an der Planungsbehörde – das Land Oberösterreich – sich dieser Studie zu bedienen. Soweit ich hier vom zuständigen Referenten, Landesrat Winetzhammer weiß, ist er auch der Auffassung, daß wir nicht unbedingt das gesamte Sportplatzgelände brauchen, allerdings scheiden sich die Geister noch ein bißchen insofern, als die zuständigen Planer, die für die Planentwicklung zuständig sind, immer großflächig arbeiten wollen und hier ohne große Raumbehinderung sich ausbreiten möchten. Man muß das aber aus Zweckmäßigkeitsgründen in jenen Grenzen halten, die für die Stadt Steyr und auch für Bund und Land vertretbar erscheinen. Jedenfalls glaube ich, können wir für das nächste Jahr fest damit rechnen, daß die Planungsausschreibung erfolgt und damit ein endgültiger Verbauungsplan vorhanden ist. Jedenfalls sind das keine Probleme, die wir zu meistern haben, wir sind nur die Interessenten, so wenig Grund wie möglich zu diesem Ausbau bereitstellen zu müssen.

Schließlich noch eine kurze Mitteilung. Im Stadtsenat wird im Nachtrag heuer noch die Denkmalschutzaktion 1980, der Abschlußbericht vorgelegt. Ich habe mir erlaubt, hier die letzten Jahre zu überschauen. Wir haben im Jahre 1978 23 Objekte in die Aktion einbezogen, die Kosten dafür waren 3,5 Mill. Schilling, davon hat über 1 Mill. die Stadt Steyr beigeschossen. 1979 waren es 80 Objekte – das war das Vorbereitungsjahr zum Jubiläum – mit einem Gesamtaufwand von 12,3 Mill. Schilling mit einem Zuschuß der Stadt von 3,7 Mill. Schilling. Die Beträge von Bund und Land sind hier relativ sehr bescheiden, den Hauptteil trägt natürlich der Hauseigentümer. 1980 waren es 48 Gebäudeeinheiten oder Objekte mit einem Gesamtbaukostenaufwand von 5 1/2 Mill. Schilling, der Zuschuß der Stadt betrug 2 Mill. Für 1981 kann damit gerechnet werden, daß etwa 40 Objekte einbezogen werden bis zum Jahresschluß, der Gesamtaufwand wird sicher bei 6 – 6 1/2 Mill. Schilling liegen und die Stadt wird wiederum etwa 2 Mill. dazuzulegen haben. Auf jeden Fall ist damit der Beweis erbracht, daß die Förderungsaktion der Stadt in einem erheblichen Maß wirkt und Interesse bei den Hauseigentümern erweckt, auch ihr Haus in diese Aktion miteinzubeziehen.

Damit wäre ich am Ende meiner Mitteilungen an Sie. Wir kommen zum nächsten Punkt, und zwar betreffend die Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gemäß § 51 Abs. 3 des Statutes. Die Unterlagen sind Ihnen alle zugegangen. Es handelt sich nur mehr um die Information über den Vollzug der Beschlüsse und ich bitte um Kenntnisnahme. Die betreffenden Anträge bzw. Beschlüsse sind beiliegend aufgezählt. Wir kommen nun zur Behandlung der Verhandlungsgegenstände und ich gebe dazu als erstem Berichterstatter Kollegen Kinzelhofer das Wort.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen einen Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses vorzutragen. Er betrifft:

1) Ha-974/80

Mittel aus der Nahverkehrsförderung;

Kostenersatz an die Stadtwerke.

Der gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 3. 12. 1981 wird als Bei-

hilfe an die Stadtwerke ein Betrag von 1 Million Schilling gewährt.
Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 1,000.000, -- (Schilling eine Million)

bei VSt 1/8790/7590 bewilligt. Die Deckung hat durch Mehreinnahmen bei den all-
gemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Es ist ja bekannt, daß wir diese Mittel zum Ankauf von Gelenkbussen verwendeten.
Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht dazu jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall.
Wir stimmen ab. Ist jemand gegen den Antrag? Niemand. Enthaltungen? Keine. Der
Beschluß ist einstimmig. Ich danke.
Nächster Berichterstatter ist Kollege Wallner.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MANFRED WALLNER:

Sehr verehrtes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren!
Ich darf Ihnen zwei Anträge zur Beschlußfassung vorlegen, und zwar der erste An-
trag betrifft die Errichtung der BAK. Der Antrag lautet:

2) Bau5-7247/80

Errichtung der Bildungsanstalt für
Kindergärtnerinnen; Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschlüssen des Stadtsenates vom 23. April 1981 und des Gemeinderates vom
29. Oktober 1981 wurden im Zusammenhang mit der Errichtung der BAK mittel im
Ausmaß von insgesamt S 3,978.400,- freigegeben.

Auf Grund des Amtsberichtes der Mag. Abt. III vom 2. 12. 1981 werden nunmehr in
Ergänzung des Stadtsenatsbeschlusses vom 23. 4. 1981 und des Gemeinderatsbeschlusses
vom 29. 10. 1981 die im Nachtragsvoranschlag 1981 bewilligten Mittel in Höhe von

S 2,000.000, -- (Schilling zwei Millionen)

bei VSt 5/2220/0100 freigegeben.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sie haben den Antrag gehört. Gemeinderat Eichhübl hat sich zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Nachdem ich mir heute keine schriftlichen Aufzeichnungen mit heraus genommen habe,
besteht keine Hoffnung darauf, daß es mir wieder so geht wie das letzte Mal, denn da
konnte ich auf Grund einer Sehschwäche meine Aufzeichnungen nicht mehr lesen. Ich weiß
schon, daß das einigen von Ihnen gar nicht so unangenehm war, denn es wären noch einige
interessante Zahlen und Ziffern auf meinem Manuskript gestanden. Ich hoffe aber, daß
es Ihnen nicht so ergehen möge.

Ich hätte meine Einleitung gerne in der Form abgerundet, daß ich zwecks eines besseren
Verständnisses, vor allen Dingen mit Ihnen Herr Stadtrat Fürst, das Ganze noch ins La-
teinische übertragen hätte, aber dazu bin ich offen gestanden nicht in der Lage. Ich hoffe,
daß Sie als Kenner einem Ungelernten in Anbetracht der Vorweihnachtszeit dies vergeben
werden.

Nun möchte ich mich aber doch einem ernstern Thema zuwenden, nämlich dem Grund
meiner Wortmeldung. Ich möchte vorausschicken, meine Damen und Herren des Gemein-
derates, daß wir diesem Antrag auf Mittelfreigabe die Zustimmung geben werden. Diese
ist aber unter Vorbehalt zu verstehen, nämlich unter Ausklammerung und Nichtaner-

kennung des damit verbundenen Architektenvertrages. Wir haben dies zwar schon deutlich bei der betreffenden Gemeinderatsitzung von hier aus gesagt, ich möchte aber, nachdem dies offensichtlich kein Einzelfall war, – das zeigt auch der kürzlich getätigte Grundstücksankauf der Stadtgemeinde Steyr und der damit in den Vertrag aufgenommene Passus einer Generalbevollmächtigung für die Errichtung von Gebäuden zugunsten des Verkäufers – Ihnen in Erinnerung rufen, meine Damen und Herren der Sozialistischen Fraktion, welchem Antrag Sie damals die Zustimmung gegeben haben und welche Voraussetzungen vor allen Dingen für diesen Antrag vorhanden waren. Hier wurde nämlich einer Person gegenüber einer ganzen Berufsgruppe von vornherein der Vorzug eingeräumt, weil man diese von Haus aus mit in die Verhandlungen einbezogen hat, die seitens der Stadtgemeinde und dem zuständigen Bundesministerium notwendig waren. Ich habe jetzt bewußt deswegen keine Namen genannt, weil es mir nicht um die Person, sondern um die Sache geht.

Dieser Antrag wurde zu guter Letzt noch einer Dringlichkeit unterzogen, obwohl aus dem Amtsbericht deutlich nachzulesen war, daß langwierige Vorverhandlungen selbstverständlich notwendig waren. Ich frage daher nachträglich noch einmal, wo hier die Dringlichkeit gewesen ist?

Ich darf zum Abschluß nochmals sagen, daß wir nicht nur gegen derartige Dringlichkeitsanträge sind, sondern uns auch in Zukunft gegen solche Verträge mit Generalvollmacht aussprechen werden. Ich darf aber, wie eingangs erwähnt, bekannt geben, daß wir seitens der Freiheitlichen Fraktion diesem Antrag auf Mittelfreigabe die Zustimmung geben werden. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Stadtrat Wallner bitte!

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Von mir aus keine Erklärung, ich darf nur der Ordnung halber feststellen, daß auch meine Fraktion schon in mehreren Fällen Bedenken geäußert hat bei diesen Generalunternehmerverträgen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Da keine weitere Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung. Ist jemand gegen den Antrag? Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? Auch keine, der Antrag ist einstimmig beschlossen.

Ich bitte um den nächsten Antrag.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MANFRED WALLNER:
Der nächste Antrag lautet:

3) Bau3-2827/75

Übernahme von Straßen und Wegen in der Waldrandsiedlung
in der öffentliche Gut.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Übernahme der im Teilungsplan des Dipl. Ing. Oswald Daxinger vom 19. Oktober 1981, GZ 1535/81, ausgewiesenen Verkehrsflächen der Sieberer-Straße, Waldrandstraße und Neustiftgasse in das öffentliche Gut und ihrer Einreihung als Gemeindestraße wird zugestimmt.

Ich darf Sie um Annahme des Antrages bitten.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Auch dieser Antrag wurde vorgebracht. Gibt es dagegen Einwendungen? Wortmeldungen? Nicht der Fall. Wir stimmen ab. Ist jemand gegen den Antrag? Enthaltungen? Beides nicht, auch hier Einstimmigkeit.

Ich danke. Nächster ist Stadtrat Wippensberger.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen insgesamt vier Anträge des Finanz- und Rechtsausschusses zur Beschlußfassung zu unterbreiten.

Der erste dieser Anträge lautet:

4) Bau4-5018/53

Bau3-1501/72

Sanierung Ennstalbrücke und Umfahrung Märzenkeller -
Brücken; Kostenanteile der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 30. 11. 1981 wird zur Leistung des Kostenanteiles der Stadt Steyr für die Brückenbauten im Baulos Märzenkeller an die Bundesstraßenverwaltung der Betrag im Ausmaß von

S 3,779.200,-- (Schilling drei Millionen siebenhundertneunundsiebzigtausendzweihundert)

bei VSt 5/6100/7700 freigegeben.

Ich bitte Sie um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gibt es zu diesem Antrag eine Einwendung? Eine Wortmeldung? Es wird abgestimmt.

Ist jemand gegen den Antrag? Enthaltungen? Beides nicht, der Antrag ist beschlossen.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der zweite Antrag lautet:

5) Bau3-1400/81

Asphaltierungsprogramm 1981; Erhaltungsarbeiten
im Bereich der Bundesstraßen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes des städtischen Wirtschaftshofes vom 30. 11. 1981 wird für die Erhaltungsarbeiten im Bereich der Bundesstraßen im Rahmen des Asphaltierungsprogrammes 1981 eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 440.000,-- (Schilling vierhundertvierzigtausend)

bei VSt 1/6120/0020 bewilligt. Die Deckung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Werden dazu Wortmeldungen gewünscht? Das ist nicht der Fall. Es wird abgestimmt.

Wer ist für den Antrag, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Ich sehe jetzt schon die Einstimmigkeit, es erübrigt sich eine Gegenprobe.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der nächste Antrag ist eine Ergänzung des GR-Beschlusses vom 7. 7. 1981 und lautet:

6) Bau3-791/78

Fußgängerübergang Marienstraße - Neuschönau;
Ergänzung des GR-Beschlusses vom 7. 7. 1981.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit GR-Beschluß vom 7. 7. 1981 wurde der Auftrag für das Bauvorhaben "Fußgänger-

übergang Marienstraße - Neuschönau" an die ARGE Hamberger-Negrelli, Steyr, in Höhe von S 3,268.000,- (brutto) vergeben und eine Baurate in Höhe von S 2,000.000,- freigegeben.

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 1. 12. 1981 wird nunmehr in Ergänzung des GR-Beschlusses vom 7. 7. 1981 zur weiteren Abwicklung der Baustelle ein weiterer Teilbetrag in Höhe von

S 850.000,-- (Schilling achthundertfünfzigtausend)

bei VSt 5/6120/0023 freigegeben.

Gleichzeitig wird aus den im Amtsbericht angeführten Gründen einer Auftragsverweigerung um S 237.711,- zugestimmt.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Auch dieser Antrag steht zur Diskussion. Will jemand dazu sprechen? Das ist nicht der Fall. Wir stimmen ab. Wer für den Antrag ist, den bitte ich, die Hand zu erheben? Wer ist dagegen? Keine Gegenstimmen, daher einstimmig angenommen.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der vierte und zugleich mein letzter Antrag lautet:

7) Bau3-1501/72

Baulos Märzenkellerumfahrung - 2. Teilzahlung;
Ergänzung des GR-Beschlusses vom 2. 4. 1981.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit GR-Beschluß vom 2. April 1981 wurde zur Leistung der 1. Teilzahlung für das Baulos Märzenkeller - Eisenstraße km 20,69 bis km 22,53 an die Bundesstraßenverwaltung ein Betrag von S 1,700.000,- freigegeben.

Auf Grund des Amtsberichtes der Mag. Abt. III vom 1. 12. 1981 wird in Ergänzung dieses GR-Beschlusses zur Leistung einer zweiten Teilzahlung für das Baulos Märzenkeller - Eisenstraße km 20,69 bis km 22,53 an die Bundesstraßenverwaltung der Betrag von

S 3,600.000,-- (drei Millionen sechshunderttausend)

bei VSt 5/6100/7700 freigegeben.

Ich ersuche auch um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gibt es zu diesem Antrag eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir stimmen ab.

Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Gegenprobe?

Danke. Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich danke für die Berichterstattung. Nächster Sprecher ist Stadtrat Fürst.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Hochgeschätztes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren!
Der erste Antrag, den ich Ihnen vorzutragen habe, lautet:

8) Bau6-3099/78

Bau6-3965/79

Errichtung des Ennsdükers I samt Pumpwerk C und des Ennsdükers II;
Vergabe der Bauleitung und Vorfinanzierung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der Mag. Abt. III - Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung vom 26. 11. 1981 wird der Übertragung der Bauleitung für die Errichtung des Ennsdükers I samt Pumpwerk C und des Ennsdükers II an das Ingenieurbüro des

Dipl. Ing. Dr. techn. H. Flögl, Linz, zum Preis von S 1,170.000,- zugestimmt.
Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 1,170.000,- (eine Million einhundert-siebzigttausend)

werden bei VSt 9/----/2796 als Vorfinanzierung für den RHV freigegeben.

Ich bitte um Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sie haben den Antrag vernommen. Ich frage, ob jemand dazu sprechen will? Das ist nicht der Fall. Wer ist für den Antrag, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenprobe? Auch dieser Antrag ist einstimmig beschlossen.

Wir kommen nun zum Hauptteil unserer heutigen Sitzung, und zwar zum Voranschlag 1982. Ich bitte den Referenten, dazu ausführlich zu referieren.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Bevor ich meine Ausführungen zum Budget 1982 beginne, ersuche ich Sie um Ihr Einverständnis, daß ich den Zusatzantrag, betreffend die 20 %ige Kreditsperre und das Budget 1982 sinngemäß in einem behandle. Ich danke für Ihr Verständnis.

Wir sind heute zusammengekommen, um den vorliegenden Entwurf eines Haushaltsplanes für das Jahr 1982 zu beschließen. Das wäre an sich schon eine sehr wichtige Angelegenheit, steht aber heuer unter ganz besonderen, leider nicht den günstigsten Vorzeichen. Was hebt die heutige Beschlußfassung in ihrer Bedeutung über jene vergangener Jahre grundsätzlich hinaus. Lassen Sie mich bitte ein paar Sätze grundsätzlicher Bedeutung darüber sagen.

Der Haushalt der Stadt Steyr darf nicht nur für sich alleine betrachtet werden, sondern ist als Teil eines österreichischen Gesamthaushaltes zu sehen, der sich elementar an der österreichischen Wirtschaftsentwicklung orientiert. Einen, wenn auch nur teilweisen Ausdruck, findet diese Feststellung im FAG 1979. Nun, die österreichische Wirtschaft ringt - wie die Wirtschaft in allen Ländern Europas, um ihren Bestand und ihren Stellenwert untereinander und gegenüber der anderen Welt heute und in der Zukunft noch viel mehr - sehr hart. Diese wirtschaftliche Bedrängnis und deren Auswirkung muß, ob wir es wollen oder nicht, Pate stehen auch bei der Erstellung örtlicher Finanzpläne.

Steigende Ansprüche der Bevölkerung und der Druck, die Aufgabenerfüllung sowohl in qualitativer als auch in quantitativer Weise auszuweiten, ebenso ein infrastruktureller Nachholbedarf, haben die Stadt in eine Situation gebracht, die von einem strukturellen Auseinanderklaffen der Einnahmen und der Ausgaben geprägt sind. Das ist eine Entwicklung, die von den Gemeinden aus gesehen eine gesamtösterreichische ist. Die Finanzlage der Gemeinden hat sich generell dem Bund, vor allem aber gegenüber den Ländern, im Laufe der letzten Finanzausgleichsperiode verschlechtert. Die Handlungsspielräume, was vor allem die größeren Städte betrifft, sind in der kommunalen Haushaltspolitik trotz ständig steigender Aufgaben kleiner geworden. Dies kommt auch in den Ergebnissen der kommunalen Finanzbedarfserhebung 1979 für die Jahre 1979 bis 1982 zum Ausdruck, die erstmals einen realen Rückgang des kommunalen Investitionsvolumens zeigt, und zwar gegenüber 1976 bis 1979 um 25 %. Außerdem geht der Anteil der Gemeinden an den gesamten Steuererträgen bereits 1973 bis 1979 um 0,6 % zurück, und zwar von 12,4 auf 11,8 %.

Diese Entwicklung hat sich bis heute trotz FAG 1979 in verstärktem Maß fortgesetzt. Das Wachstum der Gemeindeabgaben ist vergleichsweise im Gesamtabgabenertrag geringer, hier steht ein Wachstum der Gemeindeabgaben von 1973 bis 1979 von 68 % einem Gesamtertragswachstum von 86 % gegenüber. Dieser Rückgang des strukturellen Anteils der Gemeinden am Gesamtsteuerertrag kommt in einer Studie des Wirtschaftsforschungsinstitutes bereits für die Jahre 1973 bis 1979 zum Ausdruck und hat sich bis heute de facto verstärkt. Das Steueraufkommen ist je nach Größe und Struktur einer Gemeinde stark unterschiedlich. Das Verhältnis zwischen den finanzkräftigsten Fremdenverkehrs-

gemeinden Westösterreichs von rund S 11.200,- je Einwohner, gegenüber der ärmsten Agrargemeinde Österreichs betrug bis 1955 55 : 1, 1979 hingegen 79 : 1 und hat sich somit deutlich verschlechtert. Steyrers pro-Kopf-Aufkommen von ca. 7.600 bis 7.700 für 1982 ist also, wenn man den in Steyr noch hohen Beschäftigungsstand ins Kalkül zieht, eher unbefriedigend.

So weit, meine Damen und Herren, eine generelle Sicht, wie sich die Gemeindefinanzen in ihrer Entwicklung Land und Bund gegenüber verhalten. Die Entwicklung der Einnahmen diesen Körperschaften gegenüber ist eine zurückbleibende, die Verschuldung eine aus notwendigen Investitionen sich ergebende Größe. Die Finanzerfordernisse an die Gemeinden in der Zukunft sind riesengroß, wenn man den Finanzbedarf für die laufenden Vorhaben der Wasserbeschaffung, der Abwasserbeseitigung und der Müllentsorgung betrachtet, ohne den vielen weiteren bestimmt berechtigten Anliegen und Forderungen der Bevölkerung Name und Stellenwert zu geben.

In dem uns heute zur Beschlußfassung vorliegenden Budgetentwurf wurde versucht, diesen vorher zitierten Umständen sowie den lokalen Gegebenheiten Rechnung zu tragen. Es ist ein Haushaltsvoranschlag für das Jahr 1982 unter der Devise "Sparen ohne ausgeprägten Schwerpunkt und ohne Kürzung im Sozialbereich." Die zur Ausfinanzierung des außerordentlichen Haushalts notwendige zusätzliche Verschuldung wird eine tragbare sein, findet doch der Schuldendienst in einem ohne Kredite ausfinanzierten ordentlichen Haushalt Platz.

Nach diesen grundsätzlichen Ausführungen darf ich mich nun dem Zahlenwerk selbst zuwenden.

Der Gesamthaushalt in der Höhe von S 514,897.200 in Einnahmen und Ausgaben sieht einen ordentlichen Haushalt von S 446,497.200,- in Einnahmen und Ausgaben, also ausgeglichen vor, während der außerordentliche Haushalt S 50,600.000,- Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von S 68,400.000,- vorsieht, somit einen Abgang von S 17,800.000 aufweist. Für diesen Betrag muß eine Bedeckung in Form unvorhergesehener Mehreinnahmen oder einer zusätzlichen Kreditaufnahme gefunden werden.

Der Gesamthaushalt weist gegenüber dem Voranschlag 1981 mit Nachtrag eine Verringerung von S 22.470.000,- oder 4,18 % auf. Eine Betrachtung der Entwicklung von Einnahmen und Ausgaben im ordentlichen Haushalt zeigen eine Kontinuität, beim außerordentlichen Haushalt ist eine wesentliche Einsparung durch vorgenommene Reduzierungen zu erkennen, außerdem ist eine Zuführung aus dem ordentlichen Haushalt nicht möglich, da der ordentliche Haushalt nur knapp gedeckt werden konnte und keine Überschüsse aufweist.

Nun zum ordentlichen Haushalt selbst. Er ist in Einnahmen und Ausgaben mit 446,927.200 Schilling ausgeglichen. Diese Ausgeglichenheit ist eine Tatsache, die für eine gesunde Haushaltsführung im allgemeinen ein unbedingt erstrebenswertes Ziel sein muß, wie aber die Tatsachen aufzeigen, bei einer großen Zahl von Gemeinden in Oberösterreich aber leider nicht mehr möglich ist. Gegenüber 1981 mit Nachtrag zeigt der ordentliche Haushalt eine Verringerung von 11,298.400,- auf, das sind 2,47 %. Der Anteil der Pflichtausgaben, die sich unserer Beschlußfassung entziehen, beträgt 89 Prozent und nur 11 % - das sind um 2 % mehr als 1981, also rund 49 Millionen - unterliegen einer solchen.

Die Entwicklung der Einnahmen im Vergleich mit den Vorjahren zeigt ein kontinuierliches Ansteigen beim eigenen Aufkommen. Nur bei der Gewerbesteuer nach dem Kapital sowie bei der Verwaltungsabgabe kann keine Steigerung angenommen werden. Die Gewerbesteuer mit rund 35 Millionen und die Lohnsummensteuer mit 64,5 Millionen, zusammen also 99,5 Mill, das sind 31,5 % der Einnahmen. Dieses Aufkommen liegt somit etwas über dem Durchschnitt, genau um 1,5 % von 30 % vergleichbarer Industriestädte zwischen 20.000 und 50.000 Einwohnern.

Die Getränkesteuer mit einem Aufkommen von rund 15 Millionen oder 4,73 % am eigenen Aufkommen liegt um 1,3 % unter dem Durchschnittsaufkommen vergleichbarer Gemeinden in Österreich. Der Anteil der Abgaben und Ertragsanteile des Bundes in der Höhe von 160 Millionen liegt mit 50,5 % fast genau im Durchschnitt Österreichs, außer Wien.

Die Gesamteinnahmen des ordentlichen Haushaltes betragen zusammen S 328 Millionen.

Zur Einnahmenentwicklung im Zusammenhang mit der Ausgabenentwicklung wurde bereits im Vorwort Grundsätzliches ausgesagt. Es muß aber festgestellt werden, daß das Finanzausgleichsgesetz 1979 nicht jene Verbesserung der Einnahmensituation gebracht hat, die sich Städte und Gemeinden auf Grund der ausgedehnten Aufgabenstellungen durch Forderungen seitens der Bevölkerung erwarten mußten. Der Verzicht des Landes auf Abfuhr einer Landesumlage zugunsten der Gemeinden, die Abgeltung der Kosten für die Führung der Bezirksverwaltungsbehörden in den Städten mit solchen, müssen unbedingte Forderungspunkte für kommende Finanzausgleichsverhandlungen bleiben.

Bei den Ausgaben des ordentlichen Haushaltes erfährt der Personal- und Sachaufwand eine Ausweitung vom Voranschlag 1981 mit 430,204.600,- auf 486,507.200,- für 1982, also eine Ausweitung von 56,302.600,- oder 8,64 %. Die Personalkosten, welche mit 167,775.000,- für 1982 angenommen werden, weisen gegen den Voranschlag 1981 mit 151,878.000 eine Steigerung von 15,897.000 oder 10,46 % auf. Ein vollständiges Bild der Entwicklung der Personalkosten ergibt aber nur eine Zusammenschau mit der Personalentwicklung. Ich ersuche Sie daher, die Besprechung des Dienstpostenplanes 1982 vorziehen zu dürfen.

Der Dienstpostenplan 1982 umfaßt im Soll für 1. 1. 1982 730 Vollbeschäftigte und 13 nebenberuflich Beschäftigte, zusammen 743, gegenüber von 741 im Ist-Stand vom 1. 10. 1981. Somit eine Vermehrung von 2 Beschäftigten. Trotz Schaffung von vier neuen Posten in handwerklicher Verwendung bei den Verkehrsbetrieben hat sich durch Einsparungen an anderen Stellen der Sollbestand nur um 1 Bediensteten erhöht.

Die Pensionisten erfordern 22,459.000 Schilling. 1,4 % des Haushaltes oder 7.3 Mill. werden die Kosten der Funktionäre betragen und somit wesentlich weniger als in vergleichbaren Städten beanspruchen, wo sich die Kosten in Höhe von 3 % des Haushaltes bewegen.

Der Zuschußbedarf nach Verwaltungszweigen bzw. dessen Summen der 9 Ausgabengruppen sagen über die eigentliche Ausgabenverwendung fast nichts aus und ich erspare Ihnen diese Zahlen. Ich will Ihnen aber eine Übersicht über die größten Ausgaben im ordentlichen Haushalt geben. Die größte Ausweitung im Gesamtausgabenrahmen erfuhr die Gruppe "Soziale Wohlfahrt" und zwar rund 20 Millionen. Der Zuschußbedarf blieb aber infolge einer Vergrößerung des Einnahmenrahmens von 13,585.000 Schilling bei einer Steigerung von 6,757.000, welche fast zur Gänze für Tarifierhöhungen in jenen Anstalten und Heiman anfallen, wo Steyrer außerhalb der Stadt untergebracht sind.

Der Zuschuß zum Altersheim ist infolge einer Tarifregelung gleich anzunehmen, beträgt aber trotzdem immer noch 17 Mill. Schilling. Die Aktion Essen auf Rädern und die Heimkrankenpflege erfordern 629.000 Schilling Zuschuß, die Seniorenklubs 991.000 und die Kosten für den Seniorenpaß belaufen sich auf 1,025.000 und 680.000 Schilling erfordern die Säuglingswäschepaket- und die Brennstoffaktion.

Soweit das Wichtigste aus dem Sozialbereich, welcher - wie schon ausgeführt - nicht nur keinerlei Kürzung erfuhr, sondern den sozial schwächeren Mitbürgern Zuwendungen vorsieht, die zusätzlich zu den Leistungen des Landesozialhilfegesetzes gewährt werden. Die Volks-, Haupt- und Sonderschulen mit den Polytechnischen Lehrgängen haben einen Zuschußbedarf von 20,7 Mill. gegenüber 17,73 Millionen 1981 und die berufsbildenden Schulen einen solchen von 6,939.000 gegen 5,622.000 im Vorjahr. Der Kindergartenzuschuß (mit Tagesheimstätten und Horte) in der Höhe von 14,107.000 müßte nicht so hoch sein, würde das Land Oberösterreich eine versprochene echte Übernahme von 75 % der gesamten Personalkosten tatsächlich leisten, wenn es schon nicht - wie in anderen Ländern - für jedes Kind einen kostenlosen Kindergartenplatz gibt. Der Beitrag des Landes zu den Kindergartenkosten in Steyr beträgt 4,2 Mill, gegenüber dem der Stadt von 14,1 Mill.

Für den Sport in Steyr, für Subventionen und Sportstättenerhaltung sind im ordentlichen Haushalt 1,530.000 Schilling vorgesehen. Hier muß aber die Abgeltung der Betriebsverluste an die Städtischen Unternehmungen für den Betrieb des Hallen- und Freibades sowie des Betriebes der Kunsteisbahn zugezählt werden, das sind 5,2 Mill, sodaß aus diesem Titel 6,7 Millionen aufgewendet werden.

Für die Erwachsenenbildung stehen wieder fast 3 Millionen zur Verfügung. 2,441.000 Schilling - um 1.047.000 mehr als im Vorjahr - erfordern die beiden nun im Vollbetrieb stehenden Theater. Der Kulturbereich insgesamt erfordert Zuschüsse von fast 7 Millionen.

Die Pflege der Straßen, der Park- und Gartenanlagen, der Kinderspielplätze und die Beleuchtung sind mit 19,076.000 Schilling zu veranschlagen. Die Asphaltierung und der Gemeindestraßenbau überhaupt sind im ordentlichen Haushalt mit 13,5 Millionen präliminiert. Der Zuschußbedarf des Wi-Hofes – es sei hier auch die immer größer werdende Aufgabenstellung nicht zu übersehen – stieg um 1,718.000 auf 4,280.000,-. Eine jährlich wachsende Größenordnung und Bedeutung kommt dem Schuldendienst zu. Kein Vorhaben, und sei es noch so wünschenswert und notwendig, kann geplant werden, wenn zur Realisierung Kredite notwendig sind, ohne Überlegungen anzustellen, ob diese noch im Schuldendienst verkraftbar sind.

Ich darf auch hier auf meine grundsätzlichen Ausführungen im Vorwort hinweisen, und wenn Sie die Entwicklung der Einnahmen betrachten, ist das nach wie vor richtig. Der Sammelnachweis über den Schuldendienst bringt zum Ausdruck, daß für die Tilgung 10,418.500,- und für Zinsen 29.034.000, zusammen also 39,459.500,- oder 16,75 % der Ausgaben im ordentlichen Haushalt nötig sind. Hier beim Kapitel Finanzwirtschaft soll auch auf ein paar atypische Merkmale dieses Budgets hingewiesen werden. Einmal ist aus keiner Post des Zahlenwerkes zu ersehen, daß aus dem Titel einer festgestellten Bevölkerungsabnahme anlässlich der letzten Volkszählung Mindereinnahmen von ca. 7 Millionen zu erwarten sind. Durch Nachzahlungen am Sektor der eigenen Steuern über mehrere Jahre zurück, ist die Steuerkraft der Gemeinde für ein Jahr über die Realität gestiegen und somit noch die Berechnungszahl für Transferzahlungen an das Land, die jetzt schon mit 23 Mill. Landesumlage oder der Sprengelbeitrag zum Krankenhausabgang mit 15 Millionen, anzusetzen sind. Hier soll auch noch einmal die Einnahmenseite gesehen werden, wo sich bei den Abgabenertragsanteilen des Bundes dadurch eine noch nicht voraussehende Verminderung einstellen wird.

Bei der Aufzählung der auf der Ausgabenseite dargestellten Vorhaben oder Zuschüsse in die verschiedenen Verwaltungszweige bin ich bewußt nicht in kleinste Details gegangen, sollten meine Ausführungen doch nicht über Gebühr lang und zu ermüdend sein. Ich bin im Rahmen der folgenden Debatte aber gerne bereit, auch auf kleine Einzelheiten erschöpfend Auskunft zu geben.

Nun zum außerordentlichen Haushalt. Er unterliegt zum Unterschied vom oH bis zum letzten Schilling einer Beschlußfassung durch Sie, geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates, und doch hängt die Realisierung in vielen Fällen von der Mittelfreigabe von Bund und Land, wie beim Bundesstraßenbau und der Abwasserbeseitigung, um nur zwei Beispiele zu nennen, ab. Sie sehen also, ob das Budget "budgetwahr" durchgeführt wird oder nicht, ist nicht nur eine Frage der Beschlußfassung von uns oder der für die Durchführung Verantwortlichen. Der aoH zeigt in seinen großen Ansätzen die Aufgaben auf, die die Stadt zur Verwirklichung als die notwendigsten ansieht, was die aller-nächste Zukunft betrifft und die finanziell auch machbar erscheinen.

Der aoH zeigt in seiner Annahme einen Abgang von 17,8 Millionen. Kritiker mögen sagen, diese Annahme ist vorsichtig budgetiert. Hoffentlich haben diese recht. Nichts wäre verfehlter, in Zeiten mit den düstersten Wirtschaftsprognosen, als ein übertriebener Optimismus als Grundlage für finanzielle Überlegungen. Der aoH ist in seinem Umfang durch wesentliche Reduzierung gekennzeichnet und hat somit größere Einsparungen erfahren. Die eine oder andere Ansatzpost wird überzogen, eine andere wird überhaupt nicht realisiert werden, wie ich es in meinem Vorwort zum aoH ausführte und begründet erklärte.

Eine Position die aber sicher ausgeschöpft wird, das ist die Anschaffung für die freiwillige Feuerwehr in der Höhe von 1,6 Millionen. Unsere Feuerwehr, die bestimmt zu den bestausgerüstete in Österreich zählt, hat bei diesen Verhandlungen zum Vorschlag weitgehendes Verständnis für die finanzielle Situation gezeigt. Die Ansätze im oH für den laufenden Aufwand und der Ansatz im aoH, wie zitiert 1,6 Millionen, sind aber so gehalten, daß eine volle Einsatzbereitschaft in allen Sparten gewährleistet ist. 11,3 Millionen Schilling für Schulen und Kindergärten gehen zum Großteil in den Schulneubau im Eysfeld für die Bundeslehranstalt für Kindergärtnerinnen, und zwar 10 Millionen. 750.000 Schilling gehen in die Volksschule Gleink, der Rest ist für Restfinanzierungen. Über die Ansätze im oH hinaus stehen hier der Altstadterhaltung und Ortsbildpflege 2,8 Millionen Schilling zur Verfügung.

Die direkte und indirekte Wohnbauförderung bzw. Wohngebietaufschließungen bedürfen 5,8 Millionen Schilling. Eine Post fand das erste Mal Eingang in den aoH, und zwar S 300.000 für Lärmbekämpfungsmaßnahmen. Es ist zu hoffen, daß durch erfolgrbringende Pläne bzw. Beschlüsse im Sinne einer Lärmbekämpfung erst Schritte in dieser Richtung getan werden.

20 Millionen stehen dem Straßenbau einschließlich des Anteiles an den Bundes- und Landesstraßen von 5 Millionen zur Verfügung. Infolge der Fertigstellung der Südumfahrung ist mit der Ausschöpfung des Bundesstraßenanteiles sicher zu rechnen. Alle Ansätze für den Straßenbau überhaupt, soweit sie sich im Stadium des Ausbaues befinden, wie der Fußgängerübergang Altgasse, die Zufahrt zu BMW-STEYR, sind mit je 2 Millionen, der Belag für die Schönauerbrücke mit 1,5 Millionen, am ehesten real dotiert. Die Ansatzziffern von je 1 Million für die anderen Vorhaben unterstreichen zwar die Ernsthaftigkeit der Vorhaben, müssen aber, je nach dem Stand der Realisierung, eventuell aufgestockt werden.

500.000 Schilling Darlehen und 500.000 Schilling Zuschüsse zur Gewerbeförderung, wie 3 Mill. Förderung zur Schaffung von 1.800 neuen Arbeitsplätzen bei BMW-STEYR, sind die wirtschaftspolitischen Maßnahmen im aoH. Die Bereitstellung von Trinkwasser erfordert 7 Mill, wobei 2 Mill. zur Erschließung neuer Brunnenfelder und 5 Mill. zur Bereitstellung von Trinkwasser an Steyr-BMW vorgesehen sind. Die Abwasserbeseitigung im eigenen Bereich erfordert fast 5 Millionen. Freibad, Hallenbad und Sauna erfordern eine Rate von 3,7 Millionen, eines über 10 Mill. geschätzten Instandhaltungs- und Modernisierungsprogrammes, mit Blickrichtung auf Kosteneinsparung, welches in einem Dreijahresprogramm bewältigt werden soll.

So weit eine Besprechung der wichtigsten Ausgaben im aoH. Nicht nur nach dem Statut, sondern um auch das Bild der wirtschaftlichen Tätigkeiten zu vervollständigen, welche die Stadt betreibt, liegt der Wirtschaftsplan der Städtischen Unternehmungen vor, wie der des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung.

Der Wirtschaftsplan der Stadtwerke umfaßt den Erfolgsplan für das Jahr 1982. Dieser weist Aufwendungen in der Höhe von S 107,900.000,- auf. Zur Deckung der Verluste beim Stadtbad und der Kunsteisbahn sind an Gemeindegzuschüssen insgesamt 8,2 Millionen Schilling veranschlagt (Stadtbad S 4,400.000,- und Kunsteisbahn S 800.000,-). Ein weiterer Verlust mit S 3,000.000,- betrifft den Verkehrsbetrieb und S 10,000.000,- das Gaswerk.

Im Finanzplan sind Investitionen in der Höhe von rund 24,6 Millionen Schilling vorgesehen. Hievon entfallen u. a. 10,9 Millionen für den Ausbau des Wasserleitungsnetzes und 3,4 Millionen für den Ausbau und die Erneuerung des Gasrohrnetzes. Desweiteren sind Beiträge für Ankäufe von Geräten, für Instandhaltungs- und Aufforstungsarbeiten vorgesehen, wobei die Aufwendungen für den Bau einer Garage mit 3 Millionen Schilling, der Ankauf eines Gelenkzuges mit 2,1 Millionen und die Erweiterung des Schutzgebietes Dietach mit 3 Millionen zu erwähnen sind. Die Finanzierung der Investitionen ist buchmäßig mit Eigenleistungen, aus Rücklagen und Darlehen des Wasserwirtschaftsfonds, ausgewiesen.

Nun zum Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung. Im Rahmen des Reinhaltungsverbandes sind Aufwendungen in der Höhe von 67 Millionen Schilling vorgesehen. Diese Aufwendungen, welche vorschußweise von der Stadt übernommen werden, bedingen endgültige Beiträge der Mitgliedsgemeinden in der Höhe von 21,5 Millionen Schilling. Zum Schluß sie noch die Dr. Wilhelm-Groß-Stiftung erwähnt. Ihr Vermögen beträgt S 300.200. Von den Zinsen gelangen 10.000 Schilling an die Stipendiaten zur Auszahlung.

Ich darf nun noch in diesem Zusammenhang den Antrag der 20 %igen Kreditsperre behandeln. Ich habe Sie schon eingangs meiner Ausführungen um Ihr Verständnis dafür gebeten. Im Zuge einer verantwortungsbewußten Budgetpolitik, folgend den Restriktionsmaßnahmen des Bundes und Landes, hat sich ab 1980 der Gemeinderat entschlossen, bei Ermessungskrediten eine 20 %ige Kreditsperre zu verfügen. Im Jahre 1981 wurde mit Rücksicht auf die schwierige Finanzsituation der in Steyr tätigen Vereine eine teilweise Aufhebung dieser Kreditsperre beschlossen, um die inzwischen eingetretenen Kostenerhöhungen dadurch auszugleichen. Die Aufhebung der Kreditsperre bezog sich jedoch nur auf die laufenden ordentlichen Subventionen, die in erster Linie dazu dienen, das

normale Vereinsleben zu fördern. Diese Subventionen sind listenmäßig erfaßt. Da sich die Situation auf dem Kapitalmarkt noch nicht gebessert hat, im Gegenteil teilweise Zinsen für Kredite zum 1. 1. 1982 wiederum erhöht werden, wird dem Gemeinderat empfohlen, die notwendigen Aufnahmen von Darlehen im kommenden Budgetjahr so gering wie möglich zu halten.

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Am Schluß meiner Ausführungen zum Thema Voranschlag der Stadt Steyr für das Jahr 1982 lassen Sie mich kurz zusammenfassen.

Dieses Budget 1982 ist ein hoffentlich gelungener Versuch einer vorsichtigen wirtschaftlichen Planung für unsere Stadt im nächsten Jahr. Die Entwicklung ist trotz der Knappheit an Geldmitteln in vielen Bereichen positiv zu sehen. 290 Millionen gehen als Aufträge durch die Stadt, ihre Unternehmungen und dem Reinhaltverband an die Wirtschaft und stellen so einen bedeutenden Beitrag zur Sicherung von Firmen und deren Arbeitsplätzen dar. Wie in den vergangenen Jahren ist die Verbesserung bzw. der Ausbau der Infrastruktur der Stadt, wie Straßen, Trinkwasser und Abwasserbeseitigung, um die wichtigsten Kapitel zu nennen, der Investitionsschwerpunkt.

Die Finanzsituation am Ende des Jahres 1982 wird einen Schuldenstand um die 340 Mill. Schilling rund aufweisen, was eine pro-Kopf-Verschuldung von ca. 8700,- ausmachen wird. Steyr hat auf die ernste Wirtschafts- und Finanzsituation reagiert - und spart! Der Schuldenstand ist in Anbetracht der in die vielen Millionen gehenden Investitionen, welche sich auch im Vermögen der Stadt niederschlagen, sicher nicht ruinös. Somit kann die Finanzlage der Stadt als geordnet und gesund bezeichnet werden.

Ich darf Ihnen nun den diesbezüglichen Antrag des Stadtsenates zur Verlesung bringen:

9) Ha-3600/81

Voranschlag 1982

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1982 wird im ordentlichen Haushalt in den Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen mit je	S 446,497.200
der außerordentliche Haushalt bei den Ausgaben mit	S 68,400.000
und bei den Einnahmen mit	<u>S 50,600.000</u>
daher mit einem Abgang von	S 17,800.000

festgestellt, im einzelnen mit den Beträgen, die in den vorliegenden Einzelvoranschlägen ausgewiesen sind.

Der außerordentliche Haushalt ist nur in dem Maße durchzuführen, als eine Bedeckung gegeben ist bzw. durch Darlehensaufnahme, Einsparungen oder Mehreinnahmen gefunden wird. Als gegenseitig deckungsfähig werden die im Sammelnachweis zu verrechnenden Ausgaben erklärt, ferner die Ausgaben des Städtischen Wirtschaftshofes in dessen unbeschränkter Anordnungsbefugnis, in gleicher Weise die Ausgaben des Altersheimes und schließlich die Ausgaben für berufsbildende Pflichtschulen.

Für die Ausführung des Voranschlages gelten die Bestimmungen der Dienstvorschrift Zl. 5209/1948 in der anliegenden Fassung.

Weiters werden genehmigt: Der Wirtschaftsplan der Stadtwerke, im Erfolgsplan in den Aufwendungen und Erträgen ausgeglichen mit je S 107,900.000 und im Finanzplan in den Erfordernissen und der Bedeckung ausgeglichen mit je S 24,600.000, sowie der Voranschlag der Stiftung und der Dienstpostenplan.

Die ausschließlichen Gemeindeabgaben werden wie folgt erhoben. Die Hebesätze betragen:

Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe	500 v. H.
Grundsteuer B für andere Grundstücke	420 v. H.
Gewerbsteuer nach dem Gewerbeertrag und Gewerbekapital	150 v. H.
Lohnsummensteuer	1000 v. H.

Der Zusatzantrag zum Budget lautet:

10) Ha-3600/81

Voranschlag 1982 - Zusatzantrag:

Beschluß einer Kreditsperre.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Vollziehung des Budgets 1982 unterliegt bei allen Ermessensausgaben einer 20 %igen Kreditsperre nach Maßgabe des vorstehenden Amtsberichtes. Es sind daher lediglich die in Listen erfaßten Subventionen von dieser Kreditsperre nicht betroffen. Über eine Aufhebung bzw. Reduzierung der Kreditsperre ist auf Grund der Ertragslage im Laufe des Budgetjahres 1982 zu entscheiden.

Bevor ich meine Ausführungen schließe, sei es mir gestattet, Herrn Rechnungsdirektor Stary und seinen Mitarbeitern für die Bemühungen und Umsicht bei der Erstellung des uns vorliegenden Zahlenwerkes zu danken. Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, danke ich für die meinen Ausführungen gezollte Aufmerksamkeit.

Applaus

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke Finanzreferenten Fürst für seinen umfangreichen Vortrag und die Darstellung des Voranschlages 1982.

Bevor wir aber in die Diskussion eingehen, wird es insbesondere zur Freude der Nichtraucher gereichen, wenn ich eine kurze Pause ankündige. Wir werden jetzt unterbrechen und ca. in einer Viertelstunde wieder fortsetzen.

Gemeinderat Holub betritt um 14.40 Uhr den Sitzungssaal.

Pause von 15.22 - 15.45 Uhr.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich bitte Sie, die Plätze wieder einzunehmen. Wir nehmen unsere Beratungen wieder auf und wie üblich gehen wir so vor, daß wir den Fraktionssprechern der Reihe nach das Wort erteilen. Als ersten Sprecher bitte ich den Fraktionsführer der Sozialistischen Partei, Stadtrat Kinzelhofer, ans Pult.

Gemeinderat Leithenmayr verläßt um 14.45 Uhr den Sitzungssaal.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Sehr geehrtes Präsidium, werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich möchte diesmal davon Abstand nehmen, über die Zahlen des Budgets im einzelnen zu sprechen, sondern die Gelegenheit bei dieser wichtigsten Sitzung des Jahres benützen, um die Grundsätze der Gemeindepolitik darzulegen, die meine Fraktion im nächsten Budgetjahr und darüberhinaus in den nächsten Jahren verfolgen möchte.

Das vom Gemeinderat am 22. Juli 1977 beschlossene Entwicklungskonzept für die Stadt Steyr und deren Umlandregion hat sich hervorragend bewährt. Der beste Beweis liegt darin, daß es in den wichtigsten Punkten bereits erfüllt ist, so z. B. bei der Ansiedlung von Betrieben, bei der Abwasserbeseitigung, im Schulkonzept, bei der Verbundlichung von Lehranstalten, beim Ausbau des Nahverkehrs und des innerstädtischen Straßennetzes. Mit diesem Entwicklungskonzept haben wir aber auch unsere Mitbürger angesprochen, sich mehr mit den Interessen der Stadt zu identifizieren. Auch das ist eingetreten, das Jubiläumsjahr 1980, unser Stadtfest sind ein Zeugnis dafür, ebenso wie das Antlitz Steyrs, welches mit Privatinitiative und mit Hilfe der öffentlichen Hand gestaltet wurde und jeden fremden Besucher und uns selber begeistert. Die Arbeitsmarktsituation ist derzeit nicht schlecht bei uns. Unsere Einkommen und unser Lohnniveau zählen zu den höchsten in Oberösterreich. Auch die Auftragslage in den Betrieben ist den Verhältnissen nach entsprechend gut. Können wir aber wirklich beruhigt sein, auch wenn wir auf diese Erfolge zurückblicken? Weltweite Probleme, wie sie jetzt überall bestehen, möchte ich hier ausklammern. Aber auch sie erfüllen meine Fraktion mit Besorgnis. Was ich aber aussprechen möchte, sind unsere zukünftigen Aufgaben in der Stadt selbst und in den Umlandregionen. Schon unser Stadtstatut zeigt uns, wofür wir als Gemeinderäte verantwortlich sind. Wir haben alle Angelegenheiten, die im ausschließlichen oder überwiegenden Interesse der in der Stadt verkörperten örtlichen Gemeinschaft gelegen und geeignet sind, durch die Gemeinschaft innerhalb ihrer örtlichen Grenzen besorgt zu wer-

den, wahrzunehmen.

Hiezu noch einige zukunftsweisende Überlegungen: Die letzte Volkszählung setzte ein Signal. Wir waren schon vorbereitet, daß wir infolge des Geburtenrückganges und der allgemeinen Stadtflucht einen Bevölkerungsverlust hinnehmen werden müssen. Mit 4,2 % ist es allerdings überraschend hoch ausgefallen. Aber die Siedlungstätigkeit um Steyr in den Landbezirken kann dafür nicht allein Ursache sein. So besitzt auch der Bezirk Steyr-Land die geringste Zuwachsrates, nämlich nur 1,3 %, das sind 700 Bewohner mehr von allen übrigen öö. Bezirken. Es wird unsere zukünftige Aufgabe sein, hier die Ursachen zu analysieren und dann rasch Entscheidungen zu treffen. Wir müssen jetzt eine Entwicklung feststellen, die eigentlich widersprüchlich ist. In Steyr gibt es mehr Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze als je zuvor. Hohes Lohn- und Einkommensniveau ist feststellbar. Dem gegenüber steht eine um sehr viel geringere Wohnbevölkerung in der Stadt und eine unterdurchschnittliche Zunahme im umgebenden Bezirk. Ich möchte einer abschließenden Analyse nicht vorgreifen und nur einige mir wichtig erscheinende noch ungelöste Fragen aufzeigen. Steyr liegt trotz seiner anerkannten Wirtschaftskraft verkehrsmäßig gesehen abseits. Die Straßenverbindungen zu und von unserer Stadt sind unter dem landweiten Durchschnitt für ein so großes Industriezentrum wie unseres. Die Eisenbahn bietet dafür schon aus ihrer Trassenführung heraus keinen Ersatz, zudem ist sie für den Personenverkehr nicht attraktiv. Das ist ein Problem der gesamten Region, des unteren Enns- und Steyrtales, bei dem wir nicht locker lassen dürfen. Betriebsansiedlungen werden im allgemeinen immer schwieriger, in einer verkehrsmäßig so schlecht erreichbaren Zone wie Steyr wahrscheinlich in Zukunft überhaupt nicht mehr möglich sein. Wir brauchen aber eine ständige Verbreiterung unserer wirtschaftlichen Basis, um in Krisenzeiten bestehen zu können und um einer negativen Entwicklung entgegen zu wirken. Wir wurden schon einmal von einem Wissenschaftler "Schlafstadt" genannt. Wir als Steyrer haben wirklich bewiesen, daß wir alles daransetzen können, um unsere Sache zu meistern - nur muß die Gelegenheit dazu gegeben sein.

Für die Belange einer Stadt, die sich bevölkerungsmäßig erhalten oder sogar vergrößern will, ist nach wie vor das Wohnproblem die entscheidende Frage. Nur so kann dem drohenden Abwandern, dem Zunehmen des Pendelns und dem Siedeln außerhalb der Stadt entgegen gewirkt werden. Mit großer Sorge betrachtet meine Fraktion die Entwicklung im sozialen Wohnbau. Die GWG, einst der Stolz der Gemeinde, wird immer mehr zu einem Sorgenkind. Steigende Mieten, größere Betriebskosten, geringere Bautätigkeit sind hier zu verzeichnen. Ich bin mir im klaren, daß es sich hier um Bundesgesetze und Verordnungen des Landes Oberösterreich handelt, betroffen sind aber viele tausende Steyrerinnen und Steyrer, denen das Wohnproblem immer größere Sorgen bereitet. Auch hier wird es unserer gemeinsamen Anstrengung des Gemeinderates bedürfen, diese negative Entwicklung zu stoppen. Vielleicht kann Steyr, wie seinerzeit bei den Pensionistenwohnungen, mit dem ersten Zentralaltersheim neue Wege beschreiten, jedenfalls müssen wir uns auf diesem Gebiet etwas einfallen lassen.

Bei diesen laufend teurer werdenden Mietwohnungen kommt dem Eigenheimbau immer mehr Bedeutung zu. Hier ist es dem Einzelnen möglich, durch Eigenleistungen, durch überlegtes Planen und Bauen, abgestimmt auf seine persönlichen Bedürfnisse, unter Umständen billiger und rascher zu einem Dach über dem Kopf zu kommen. Hier wird die Stadt betreffs der geeigneten Baugründe, so wie z. B. in der Waldrandsiedlung, aktiv werden müssen. Alle im Besitz der Stadt befindlichen, geeigneten Grundflächen, sind in ein entsprechendes Siedlungsprogramm einzubauen. Aufschließungsmaßnahmen sind vorzunehmen und jede Unterstützung der öffentlichen Hand wäre zu gewähren.

Aber nicht nur im Neubau soll sich unsere Aktivität erschöpfen, die Revitalisierung der alten abgewohnten Stadtteile ist gleichrangig vorzunehmen. Nützen wir doch dadurch die bestehende Infrastruktur viel besser aus, als immer wieder neue Neubaugebiete zu erschließen. Ich möchte den Gemeinderat erinnern, daß wir im Stadtteil Münchenholz zwei Kindergärten schließen mußten und am Resthof einen neuen um 7 Mill. Schilling erbauten, der vergangene Woche durch den Bürgermeister übergeben wurde. Neubau und Revitalisierung müssen jedoch harmonisch aufeinander abgestimmt werden. Auch Revitalisierung erfordert sehr viel Geld. Wir sollen daher bei allen Forderungen, wie Erhaltung des Altbestandes, des vertrauten Stadtbildes oder lieb gewordener Eindrücke, wie zum Beispiel der Wehrgrabengrinne, kritisch überlegen, was finanziell durchführbar ist und

auch den Interessenten zugemutet werden kann. Revitalisierung kann nämlich unserer Meinung nach nur mit den Bewohnern und mit den Möglichkeiten der Bewohner vorgenommen werden. Sie soll kein theoretischer Spielplatz für Architekten und Wissenschaftler sondern eine Bewährungsprobe für den Kommunalpolitiker sein. In einer Museumsstadt kann man auch nicht leben. Wir wollen aber eine Stadt in allen Teilen zum Leben haben, daher sollen wir gerade in diesen Fragen übereinstimmen und nicht Konfrontationen suchen. Ein Problem, wie die Sanierung des Wehrgrabengebietes, kann man nur gemeinsam lösen. Das aber setzt Kompromißbereitschaft, Eingehen auf die Argumente des anderen, Prüfung der rechtlichen und finanziellen Fakten voraus. Mit weltfremden Forderungen werden wir hier nicht weiterkommen. Wenn die nunmehr in Auftrag gegebenen Entscheidungshilfen, wie Architektenwettbewerb, Studien von Fachleuten und Kostenvergleiche vorliegen, sollten wir uns rasch zu einer Lösung zusammenfinden.

Eine Sanierung des Wehrgrabens ist nicht nur im Interesse der dortigen Bewohner, sondern die gesamte Stadtentwicklung verlangt dies, eine Hinauszögern würde schaden. Unsere Stadt muß noch lebenswerter werden. Das ist eine weitere Forderung unserer Fraktion und ich möchte eine knappe Aufzählung der Probleme vornehmen:

Ausbau unserer Verkehrswege außerhalb von traditionellen Wohngebieten, nur so können wir die Lebensqualität in diesen Wohnungen verbessern.

Möglichst ungestörten Verkehrsablauf, hier möchte ich nur kurz auf unsere letzte Vorentscheidung hinsichtlich des Leitnerbergabstieges verweisen.

Wanderwege, Radfahrwege, verkehrsarme Zonen in typischen Wohnsiedlungen – auch hier sind schon wichtige Entscheidungen getroffen worden.

Das Sportplatzkonzept: Jeder Steyrer soll eine sinnvolle Freizeitgestaltung betreiben können und es ist schon der Auftrag ergangen, hier ein sinnvolles Konzept auszuarbeiten. Bei den kulturellen Aktivitäten halte ich neben den Angeboten die Förderung der eigenen Kreativität für sehr wichtig, z. B. Volkshochschule, Pensionistenklub, Patronanzveranstaltungen, Förderung der kulturbetreibenden Vereine.

In den Jugendfragen bieten wir sehr viel, vom Kindergarten bis zum Abschluß der Schule und Lehrverhältnis. Darüber hinaus müssen wir unserer heranwachsenden Jugend die entsprechende Freizeitmöglichkeit bieten.

Unser soziales Netz bieten wir allen unseren Bürgern, die es in Anspruch nehmen müssen.

Eine Frage ist noch offen, die ich auch anführen möchte. Dieses Problem wurde bei der Übergabe des Kindergartens Resthof bereits von Herrn Bürgermeister erwähnt, und zwar sind das die Arztpraxen im Resthof. Wir müssen uns bemühen, daß wir dieses Gebiet ärztlich versorgen können. Die Praxen sind vorhanden, wir müssen jetzt immer wieder versuchen, bei den zuständigen Stellen Gehör zu finden, denn wir selbst haben ja darauf keinen Einfluß. Bei den Kindergärten und Schulen haben wir alle Vorsorgen getroffen, offen ist allerdings noch die Frage der Tagesmütter. Hier müssen wir noch prüfen, inwieweit wir hier helfend beistehen können. Es handelt sich dabei um Kinder bis zu 3 Jahren, die noch in keinen Kindergarten gehen können.

Um die Sorgen unserer Mitbürger näher zu kennen, werden Stadtteilgespräche angeregt. Die Sozialistische Fraktion wird versuchen, diese sehr zu fördern.

Das sollen nur einige Beispiele sein für ein lebenswertes Steyr in der Zukunft.

All das, was wir hier gemeinsam festlegen und beschließen, wird seinen Niederschlag im Budget finden. Ich muß daher noch einen Punkt in meine Ausführungen aufnehmen.

Die Stadt Steyr hat eine sparsame Verwaltung mit einem sehr geringen Personalaufwand und einer ganz kleinen Zahl von pragmatisierten Mitarbeitern, dafür ist der Magistrat Steyr vorbildlich. Bewahren wir auch in Zukunft diese Zurückhaltung, denn am Personalsektor ist es sehr leicht möglich, die Kosten explodieren zu lassen. Bei dieser Gelegenheit danke ich auch den Magistratsbediensteten für ihr Verständnis, denn die erwarteten Arbeiten werden trotz des geringen Personalstandes zur vollsten Zufriedenheit erledigt. Eine vernünftige Gebühren- und Tarifpolitik ist Voraussetzung für einen geordneten Haushalt. Nicht mit Geschenken, sondern mit sozial gerecht verteilten Lasten sichern wir die finanzielle Basis der Stadtverwaltung. So lange den Gemeinden keine zusätzlichen Mittel aus dem Finanzausgleich zufließen, müssen wir diese vernunftsmäßig be-

stimmte Tarifpolitik fortsetzen. Ich gebe gerne zu, daß es immer zu den schwierigsten Entscheidungen in meiner Fraktion zählt, Gebühren und Tarife zu erhöhen, aber unsere Verantwortung für die gesamte Entwicklung unserer Stadt zwingt uns auch zu diesen Entscheidungen und ich danke den anderen Fraktionen, daß sie vielfach ebenfalls dieser Auffassung zugestimmt haben.

Nun aber komme ich zum Abschluß. Dieser von meinem Freund, Stadtrat Fürst, ausführlich dargelegte Voranschlag 1982, ist ein ausgewogenes Ergebnis langer Verhandlungen und Beratungen in und mit allen übrigen Gemeindefraktionen. Alle haben sich darum bemüht, allen gebührt Dank, ebenso den beratenden Beamten des Magistrates. Es freut mich auch, daß alle Fraktionen diesem wichtigen Beschluß für 1982 ihre Zustimmung geben werden. Unser gemeinsames Wohl für unsere Stadt wird dadurch am stärksten zum Ausdruck gebracht. Gerade in Zeiten wie diesen ist Gemeinsamkeit wichtiger als Gegensätzlichkeit. Die Steyrer erwarten dies sicherlich von uns.

So wünsche ich im Namen der Sozialistischen Fraktion allen meinen Mitbürgern von dieser Stelle aus frohe Weihnachten und ein gutes neues Jahr 1982. Ihnen, werte Damen und Herren des Gemeinderates, wünsche ich Gesundheit und erfolgreiche Arbeit, vollen Erfolg unserem Bürgermeister bei seinen Bemühungen und für unsere Heimatstadt Steyr. Meine Fraktion stimmt dem Voranschlag und dem Zusatzantrag auf eine 20 %ige Kreditsperre bei Ermessenskrediten zu. Den Bediensteten des Magistrates und der Verwaltung wünsche ich ein frohes Weihnachtsfest und ein erfolgreiches Jahr 1982.

Applaus

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke Stadtrat Kinzelhofer für seinen Beitrag. Nächster Sprecher ist Kollege Fritsch.

VICEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich lasse mich auch heute von zwei Maximen bei meinen Darstellungen leiten. Die erste ist die Sparsamkeit, die ich vielleicht auch im Bezug auf die Länge der Ausführungen zum Ausdruck bringen möchte. Die zweite ist die Gemeinsamkeit vielleicht auch dahingehend, daß unabhängig voneinander die Fraktion der Sozialistischen Partei, aber auch die der Österr. Volkspartei in großen Umrissen im Bezug auf die Weiterentwicklung unserer Stadt zu den gleichen Gedankengängen und Schlußfolgerungen gekommen sind. Wenn Sie mir – und ich beziehe mich da in erster Linie auf den Boden der Stadt Steyr zu Beginn meiner Ausführungen – gleich gestatten, zum Voranschlag zu sprechen, ohne lange Präambeln, ohne Umschweife, dann glaube ich, ist es auch im Prinzip der Sparsamkeit, der im Voranschlag zum Ausdruck gekommen ist, beinhaltet. Wir, das heißt die Fraktion der Österr. Volkspartei, hat in erster Linie Vergleiche angestellt zum Nachtragsvoranschlag des Jahres 1981, der von uns aus ein wesentlich gravierenderes Merkmal als der ursprüngliche Voranschlag des ablaufenden Haushaltsjahres darstellt.

Mit ein paar Zahlen darf und muß ich Sie belästigen. Wenn Sie sich also vergegenwärtigen, daß der Voranschlag 1982 im ordentlichen Haushalt Ausgaben von rund 446,5 Mill. im Vergleich zum Nachtragsvoranschlag von 457,8 Mill. darstellt, im außerordentlichen Haushalt 1982 68,4 zum Nachtragsvoranschlag verglichen 79,5 Mill., so beweist dieses Zahlenmaterial schon einiges. Vielleicht auch dann, wenn ich beide Ausgabenposten summiere. Für 1982 sind es 514,9, Nachtragsvoranschlag 537,4 Mill., wobei – das hat der Herr Finanzreferent schon zum Ausdruck gebracht, rund 17,8 Mill. des außerordentlichen Haushaltes, das heißt der präliminierten Vorhaben, derzeit noch keine Bedeckung finden. Diese Zahlen, die auch eine Ausweitung in verschiedenen Aufgabenbereichen, denen wir uns gar nicht entziehen können, aber auch nicht wollen – das muß dazu gesagt werden – darstellen, diese Zahlen beweisen, daß kommunale Aufgaben einer jeden Gemeinbehörde immer größer, immer vielfältiger werden, die Finanzierungsmöglichkeit aber immer schwieriger. Umso mehr ist auch feststellbar, daß der Voranschlag des kommenden Haushaltsjahres sparsam, vorsichtig budgetiert erscheint, aber generell, aus unserer Sicht betrachtet, sicherlich als rezessiver Haushalt zu bezeichnen ist. Er ist charakterisiert insbesondere dadurch, daß heuer erstmals keine Mittelzufuhr vom ordentlichen an den außerordentlichen Haushalt ausgewiesen werden kann. Was ist das, meine Damen und Herren, das die Ursache dieser Zahlen uns liefert? Es ist dies das Merkmal einer schwindenden Wirtschaftskraft nicht der Stadt Steyr, sondern generell auf Österreich bezogen. Es ist dies einerseits diese schwindende Wirtschaftskraft, andererseits aber auch enorme Kostensteigerungen bei kommunalen Vorhaben. Ich verweise jetzt nur – ich komme später darauf zurück – auch auf den Bereich des kommunalen und damit sozialen Wohnbaues.

Gestatten Sie mir, meine Damen und Herren, einige Kapitel des Voranschlages aus der Sicht meiner Fraktion zu beleuchten. Die Forderungen, die Vorstellungen, die Darstellungen hat unsere Fraktion rechtzeitig an den Finanzreferenten eingebracht. Ich danke ihm auch für die zeitgerechte Aufforderung dazu, danke ihm aber auch dafür, daß im Sinne eines gemeinsamen Wollens im wesentlichen diese unsere Vorstellungen Berücksichtigung gefunden haben.

Diese meine auszugsweisen Betrachtungen zum Voranschlag 1982, meine sehr geehrten Damen und Herren, schließen jeweils die korrespondierenden Abschnitte in beiden Haushalten mit ein. Ich darf nur ganz kurz streifen die Gruppe der öffentlichen Ordnung und Sicherheit. Sie alle, meine Damen und Herren, kennen unsere Forderungen nach erhöhter Sicherheit durch alle sich nur denkbaren Möglichkeiten zu schaffen. Es sind dankenswerterweise entsprechende Vorstöße, wenn ich sie so bezeichnen darf, unternommen worden, allerdings mit wenig Erfolg. Erfolg ist eben auf Grund von entsprechendem Personal – aber auch Geldmangel nicht zu erkennen gewesen. Ich glaube aber, daß – das ist eine Forderung meiner Fraktion seit langem – die Errichtung von Polizeinotrufsäulen sicherlich dazu angetan wäre, zumindestens das Gefühl der Sicherheit

gegeben durch die rasche Erreichbarkeit der entsprechenden Dienststellen auch zu realisieren. Ich denke da insbesondere an den Bereich des Resthofes, wo es sicher unabdingbar notwendig ist, dort in absehbarster Zeit eine solche Notrufsäule, vielleicht am Parkplatz, zu installieren. Wenn auch der Notruf – da sage ich nur ein paar Sätze dazu – dort oder da vielleicht mißbraucht wird, so ist ein rettender Anruf sicherlich alles aufwiegend, was sich an mißbräuchlicher Verwendung jeweils dort oder da ergeben hätte. Ich bitte also auch darauf ein entsprechendes Augenmerk richten zu wollen.

In der Gruppe 2 Unterricht, Sport, Erziehung wäre eine ganze Menge anzuführen. Schauen Sie, meine Damen und Herren, das ist konzilianterweise festzustellen und festzuhalten, daß die Bemühungen der Stadt Steyr, eine Schulstadt zu werden, eine Schulstadt zu sein, aner kennenswert nicht nur an dieser Stelle, sondern praktisch allerorts ist. Es ist aber sehr schwierig, einen guten Ruf, den man sich erarbeitet hat, zu erhalten und auch auszubauen. Ich weiß, daß auch dem Sparstift – in diesem Fall also dem Rotstift – im wahrsten Sinne des Wortes einige Positionen in den Ausgabenbereichen der städtischen Pflichtschulen zum Opfer gefallen sind oder vorgesehene Erhöhungen dadurch bedingt nicht realisiert wurden.

Es ist aber – verzeihen Sie, daß aus mir ab und zu der Beruf herauspricht und durchdringt. In einer Phase eines modernen Unterrichtes, in einer Phase der Umschichtung, der Umgestaltung, der Änderung des gesamten Schulunterrichtsgesetzes, Schulorganisationsgesetzes, auch notwendig, die dafür notwendigen finanziellen Mittel, die dem modernen Unterricht – ohne jeden Beigeschmack dieses Wort verwendet – letztlich zweckdienlich sind. Dazu ist auch die Ausstattung mit entsprechenden Lehrmitteln vonnöten, vorwiegend im Bereich des audiovisuellen. Ich gehe da nicht auf spezielle Dinge ein, nur möchte ich zwei Sachen streifen, die, betont durch Vorsprachen, soviel mir bekannt ist, von Vertretern des Elternvereines und Arbeitsgemeinschaften, untermauert werden. Der Schulerhalter und hier beziehe ich mich auf den Pflichtschulbereich, stellt die Arbeitsmaterialien für den Werkunterricht für Knaben – landläufig gesagt Knabenhandarbeit – zur Verfügung, und zwar in einer Größenordnung von S 80,- pro Schüler und Schuljahr. Diese Ausgabenpost oder dieses Limit ist seit Jahren gleich geblieben. Sie alle, die ständig mit Kostenentwicklungen konfrontiert werden, können auch ermes sen, daß Werkstoffe nicht gleichpreisig geblieben sind, daß also eine Forderung nach einer Anhebung dieses Postens von der Sache her bar jeder politischen Zwecküberlegung als gerechtfertigt erscheint. Ich bitte Sie und diese Bitte geht in erster Linie an den Kollegen Schwarz als Schulreferenten, eine Regelung im Sinne unserer Schüler ehestens herbeizuführen. Dasselbe würde gelten für den Schikursbeitrag. Das erwähne ich nur der Vollständigkeit halber, ich verbreitere mich nicht dafür. Vor einem Jahr wurde eine Regelung zugesagt, es ist aber derzeit genau derselbe Status.

Meine Damen und Herren, wenn ich in die große Gruppe Unterricht, Erziehung, Sport eingehe, dann ist da auch das Problem der Kindergärten. Es ist richtig, und das sehe ich in der Verbindung auch mit dem städtischen Wohnbau, daß in Neubaugebieten die Zahl der Kinder und damit aber auch die Notwendigkeit entsprechender Kindergartenplätze bereit zu stellen, steigt und daß in älteren, um nicht zu sagen, in alten, Wohn gebieten, die Kinderzahl im Sinken ist, das ist eine natürliche Gegebenheit. Der Beweis dafür ist Münichholz. Da gehen ich und meine Fraktion konform mit den Ausführungen von Kollegen Kinzelhofer, der da als Quintessenz meinte, wir müssen auch in jenen Wohnbereichen für einen Anreiz sorgen, für junge Menschen durch unsere Vorsorge auch bauliche Vorsorgemaßnahmen treffen, um eine entsprechende Bevölkerungsstruktur nach Altersgruppen geschichtet, kontinuierlich dort beizubehalten.

Schauen Sie, wenn vor kurzem der Kindergarten Resthof eröffnet wurde mit einem Kostenaufwand von 7 Mill. Schilling, wozu das Land – das darf ich der Vollständigkeit halber sagen – 2 Mill. Schilling an Förderungsmittel zugesagt aber noch nicht ausbezahlt hat, aber sie werden kommen, dann ist durch unser aller Bestreben in diesem Neubaugebiet früher als ursprünglich geplant ein Kindergarten errichtet worden.

Sie alle kennen die Initiativen, Mütterunden, die sich dafür eingesetzt haben und ich glaube, bei jedem Mandatar und bei fast jeder Fraktion oder Partei vorgespochen haben.

Ein Beweis aber dafür, daß die Eltern wohl wissend und sehr genau auf unsere kommunalen Bauten Einfluß nehmen wollen und auch können. Vielleicht ist dort oder da die Form nicht unbedingt die beste gewesen, wie das vorgebracht wurde. Aber eines, meine Damen und Herren, dieser Seitenhieb sei mir gestattet, hat mich dort etwas frappiert. In einer Zeit, in der Österreich ein Religionunterrichtsgesetz besitzt, in einer Zeit, in der die Konkordatsverträge abgeschlossen worden sind, in einer Zeit, in der die Religionsfreiheit jedes Einzelnen legislativ garantiert ist, in dieser Zeit ist es nicht möglich, in den Bereichen der städtischen Kindergärten religiöse Symbole anzubringen. Ich habe im ganzen Kindergarten Resthof, aber auch in den anderen städtischen, nirgendwo ein Kreuz gesehen.

Ich möchte, meine Damen und Herren, jetzt nicht polemisieren, aber glauben Sie nicht, daß, wenn man behauptet – ich habe das aus den Aussagen von Nationalrat Blecha gehört – so viele Christen Sozialisten sind, daß sie diesen ihren Christen in ihrer Partei auch entsprechend die religiösen Symbole zuzugestehen haben. Ich weiß nicht oder sagen wir, ich glaube nicht, daß es böswillige Absicht ist, vielleicht ist es ein Versäumnis, meine Damen und Herren. Denn wenn es ein Versäumnis ist, ist es normalerweise leicht nachzuholen und man kann wiederum beweisen, in Zeiten wie diesen, ein Stück des Weges gemeinsam zu gehen.

Eine Erklärung noch im Zusammenhang mit dem, was Stadtrat Fürst ausführte, die Ersätze der Kindergartenkosten von Seiten des Landes Oberösterreich. Hier glaube ich, liegt ein gewisser Trugschluß begründet, der dahingehend lautet, das Land soll uns immer mehr und mehr geben, die Berechtigung als solche aus der Sicht der Stadt gesehen ist sicherlich gegeben. Auf der anderen Seite sind es vorwiegend die Politiker der SPÖ, die gleichzeitig vehement dafür eintreten, die Landesumlage abzuschaffen. Hier geht die Denkschere, obwohl sie nicht direkt miteinander verrechenbare Posten sind, doch etwas auseinander deswegen, weil die Landesumlage doch dazu dient, um finanzschwache Gemeinden unseres Landes mit entsprechenden Mitteln auszustatten. Ich habe ein paar Zahlen, die ich noch, so glaube ich, Ihnen darlegen muß. Das Land Oberösterreich hat an Gemeindeförderungen in den letzten zwei Jahren 4,225.000.000,- gegeben. Das Defizit war entsprechend 2,136.000,-, die Landesumlage ist 1981 bei 428 Mill. gelegen, 1982 sind noch keine Kosten gegeben. Sie macht also rund ein Fünftel der gesamten Gemeindeförderung durch das Land Oberösterreich aus. Und damit das ein für allemal vom Tisch gefegt ist, möchte ich darauf hinweisen, daß es ein Regierungsübereinkommen gibt zwischen SPÖ und ÖVP vom 15. Oktober 1979, wo die Parteien übereingekommen sind, bestrebt zu sein, im besonderen Maß finanzschwache Gemeinden durch Landesförderungen einschließlich Bedarfszuweisung bei der Bewältigung ihrer Aufgaben zu unterstützen. Da gilt es nun, Solidarität zu zeigen und zu beweisen, daß dieses Übereinkommen auch in weniger guten Zeiten praktiziert wird. Ich bitte also, sich davon überzeugen zu lassen – es ist klar, daß kein Mensch gerne etwas wegzahlt – daß letzten Endes diese Hilfe auch den finanzschwachen Gemeinden zuzuordnen sein wird.

Eine weitere kurze Frage ergeht dahingehend, daß wir bei Durchsicht des Budgets im Sportplatz Rennbahn – außerordentlicher Haushalt – 500.000 Schilling eingesetzt bekommen. Ich hoffe, daß durch den Sportstättenplan die Beantwortung, was mit dem Sportplatz Rennbahn überhaupt geschehen soll, in Bälde erfolgen kann. Ich bitte, aber noch eines zu beachten. Ich habe heute schon erfahren, daß man die Schaffung von Radwanderwegen von Seiten der Sozialistischen Fraktion will. Ein Beweis dafür, daß die Notwendigkeit nicht von einer Partei, sondern von der Bevölkerung als solche gesehen wird. Realisieren wir so bald wie möglich – es ist dies eine langjährige Forderung meiner Fraktion – den Radwanderweg Tabor in das Brunnenschutzgebiet und ebenso dort auch zur sportlichen Ertüchtigung eine Fitstrecke. Wenn Sie, und ich hoffe mit uns und meiner Fraktion konform zu gehen, die Trasse des Kanales Münichholz – Steyr fertigstellen, bitte zu überlegen, dort kein Radfahrverbot zu verankern. Mit Verboten sind wir ja genügend gesät. Ich weiß, daß es Schwierigkeiten gibt auch legislatischer Art, aber versuchen wir dort die frei von jeder anderen Verkehrsfläche und von jedem anderen Verkehrsstrom leichte Erreichbarkeit der Stadt aus diesem Stadtteil in die

Wege zu leiten durch entsprechende sichernde Maßnahmen.

Wenn wir von Sport sprechen und sportlicher Ertüchtigung, so bitte ich um die baldige Klärung – bei einer der letzten Sitzungen wurde das im aktuellen Bereich zum Ausdruck gebracht – betreffend des Schicksales der Schwimmschule im Bereich Wehrgraben, und dies zur Realisierung zu überlegen. Wir wissen alle miteinander, welche Schwierigkeiten es bereitet, dies zu tun, aber ich glaube es ist doch eine entsprechende Notwendigkeit, der wir uns nicht länger entziehen können, zur körperlichen, sportlichen und gesundheitlichen Ertüchtigung auch etwas im Sinne der Bevölkerung zu unternehmen.

Für die Gruppe 3, Kunst, Kultur, darf ich begrüßen, daß zumindest bereits im ordentlichen Haushalt 1,1 Mill. präliminiert sind. Es ist heute schon von meinem Vorredner angezogen worden unser Kulturangebot. Steyr ist, das kann man ohne weiteres sagen, eine Kulturstadt geworden durch unser aller Bemühen, sei es jetzt vom Baulichen her, sei es aber auch her vom Angebot jener Künstlergruppen verschiedenster Art, die sich hier in Steyr etabliert haben und ihre Darbietungen bringen. Es ist begrüßenswert, daß wir sehr viele Veranstaltungen haben, es ist begrüßenswert, daß sehr viel geschieht. Ich glaube es ist aber, und das dürfte auch den aufmerksamen Mitgliedern des Gemeinderates nicht entgangen sein, eine größere Streuung, eine größere Abwechslung des Gebotenen, vielleicht auch eine bessere Koordination zwischen Wo und Wann und Was notwendig, denn die Besucherzahlen unserer Kulturveranstaltungen beweisen es. Auch aus der Überlegung heraus, daß unser Umland uns nicht immer mehr und mehr Besucher wird schicken können, sondern ein treuer Stock zu unseren Kulturveranstaltungen zählt, muß das Bemühen dahingehend geleitet sein, dem Steyrer noch mehr Anreiz zu geben, das Kulturangebot – hartes Wort – zu konsumieren. Aber wir sprechen derzeit mit unserem Kulturangebot immer nur eine bestimmte Gruppe kulturell Interessierter und Beflissener sicherlich auf diesem oder jenem Gebiet der Kunst an. Wir müssen aber versuchen, entsprechende höhere Besucherzahlen überhaupt in die Wege zu leiten. Ich glaube, bei einer noch gezielteren Planung und Koordination einschließlich entsprechender Abwechslung müßte es auch möglich sein, daß unsere Kulturveranstaltungen immer volles Haus haben werden. Zur Kultur, meine Damen und Herren, gehört auch die Subventionsvergabe. Ich will hier nicht polemisieren, Sie kennen alle unsere Vorstellungen und die meiner Fraktion. Ich setzte aber trotz alledem, weil es ja von den Subventionslisten gerade wieder aufgewärmt wurde, noch einmal in Erinnerung, daß wir in Steyr jährlich 350.000 Schilling ausgeben für das Jugendzentrum in der Arbeiterkammer, vergleichbar dazu die Stadt Wels 70.000 Schilling, daß ein weiteres Jugendzentrum in der Eisengasse mit 3.000 Schilling Subvention bedacht wird, daß eine weitere Gruppe, die sich mit der Jugendbildung beschäftigt, das ist das FIO-Jugendzentrum auf der Ennsleite, aber bis dato noch undotiert geblieben ist. Glauben Sie nicht, meine Damen und Herren der Mehrheitsfraktion, daß hier entsprechende Differenzierungen, die als nicht gerechtfertigt erscheinen, vorgenommen werden? Es ist hier diesbezüglich eine Berücksichtigung in die Wege zu leiten, weil dort Jugendliche aus aller Herren Lager sich vereinen und nicht dies vielleicht irgendwo parteigebunden sein könnte.

Zur Gruppe 4, geschätzter Gemeinderat, Wohnbauförderung, wäre sehr viel zu sagen. Mir hat Kollege Kinzelhofer sehr viel von unseren Gedankengängen weggenommen. Es ist unbestrittene Tatsache, daß wir, meine Damen und Herren, versuchen müssen, das Stagnieren unserer Bevölkerung zu stoppen und wiederum einen entsprechenden Bevölkerungszuwachs verzeichnen werden können. Es kann dies nur geschehen, nicht durch Arbeitsplätze allein, durch Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze – damit schaffen wir nur die Pendlerprobleme mehr – sondern nur durch Schaffung eines entsprechenden Wohnraumes, der sich – da gehen wir völlig konform – derzeit auf dem Interesse der Eigenheimbauer bewegt, in die Wege zu leiten. Nur dann, wenn es uns gelingt, die Abwanderung der Siedlungswilligen in die Stadtrandgebiete zu stoppen, nur dann wird es uns auch gelingen, nicht nur im Bereich des sozialen Wohnbaues, sondern aber auch des Eigenheimbaues wiederum jenes Interesse zu finden, das wir brauchen. Die Zurverfügungstellung von Gründen analog denen in der Waldrandsiedlung, wird sicherlich dazu

beitragen, es zu tun in unserem Sinne. Sicherlich wird nicht jener Grund im Bereich Neulust draußen zur Verfügung gestellt werden, der im letzten Gemeinderat beschlossen wurde, er war ein bisschen zu "billig" für Siedlungswillige. Aber auch die Revitalisierung alter Wohnungen muß nicht nur von den legislativen Förderungsmöglichkeiten, sondern von zusätzlichen Förderungsmöglichkeiten seitens der Stadt Steyr wiederum mehr Anreiz finden. Wir begrüßen in diesem Zusammenhang den Einsatz von 1 Mill. Schilling zur Restaurierung für Gebäude und Fassaden städtischer Objekte. Auch hier muß die Stadt Steyr avantgardistisch vorgehen. Nur dann kann ich von anderen etwas verlangen, wenn ich selber bereit bin, entsprechende Beispiele zu geben.

Zur Gruppe 5, Gesundheit, einige Bemerkungen. Auch hier ist die Notwendigkeit gegeben, einen entsprechenden Anreiz zu schaffen, im Bereich der Neubausiedlungen Ärzte zu etablieren, ob das Zahnärzte oder praktische Ärzte sind. Es genügt nicht und das haben wir gesehen, die Zurverfügungstellung von Arztpraxen, also von dafür adaptierten Neubauwohnungen. Es gehört selbstverständlich ein entsprechendes Bemühen, aber auch ein Verstehen bei jenen Stellen, die dafür ausschlaggebend sind, dazu, um eine Realisierung herbeizuführen. Da gehört aber auch die Gebietskrankenkasse dazu, die überhaupt die Möglichkeit erst gibt, um einen Arzt dort lebensfähig zu erhalten.

Für Straßen-, Wasserbau und Verkehr gestatten Sie mir einige Ausführungen, die sich auch erst einmal - wie könnte es anders sein - mit dem Problem Wehrgraben befassen. Die Fraktion der Österr. Volkspartei hat in ihren Vorstellungen zum Budget des Jahres 1982 aufgezählt und erhoben, für diesen Bereich des Wehrgrabens für die Durchführung eines Architektenwettbewerbes für die Planung einer Gewerbeansiedlung - Ansiedlung insbesondere von Dienstleistungsbetrieben - einen Betrag von 2 Mill. Schilling einzusetzen. Daraus sind 500.000 Schilling für die Durchführung des Architektenwettbewerbes geworden. Es freut mich insbesondere, daß auf diese unsere Forderung, von der ÖVP vorgebracht, zum Budget 1982 so rasch reagiert wurde. Wir hoffen alle, das sage ich ohne jeglichen Hintergedanken, daß dieser Bewerb für uns alle eine trag- und vertretbare Lösung bringt, eine Lösung, für deren Realisierung wir uns beschlußmäßig bei unseren Nachkommen später nicht schämen brauchen.

Wir begrüßen auch die Planung für die Ausbauphase 1 im Bereich des Wehrgrabens, wir begrüßen aber auch eine entsprechende Vorausschau für eine Revitalisierung in diesem Gebiet. Was mich dabei - wie könnte es anders sein, ich muß es tun - etwas gestört hat war, daß nach der Gemeinderatsitzung vom 19. März dieses Jahres langsam Abstand von Dingen, von Aussagen und von Emotionen zu diesem Problem gewonnen wurde. Daß man dann im letzten Amtsblatt einiges lesen mußte, das erste war auf der Seite des Herrn Bürgermeister nachzulesen, das zweite war im Kasten nachzulesen. Es war eine Information der Stadt Steyr im Informations- und Nachrichtenblatt unserer Stadt über die Abweisung der Aufsichtsbeschwerde meiner Fraktion, die eingebracht wurde anläßlich der Sitzung am 19. Ich will gar nicht sagen, daß hier falsch informiert wurde, nein - nur unvollständig, meine Damen und Herren.

Ich erlaube mir doch und ich glaube, ich muß das im Gemeinderat sagen, daß man die zusätzlichen Erklärungen dieses Bescheides auch dem Gemeinderat zur Kenntnis bringen müßte. Es ist ein unbestreitbares Faktum, daß eine bescheidmäßige Bewilligung zur Zuschüttung des Gerinnes vorhanden ist, das wissen wir. Es ist aber damit noch keine Verpflichtung legislativer Art ausgesprochen worden, diesen Bescheid zu realisieren. Es gibt auch andere als dazumals vorherrschende Aspekte, bei positiver Einstellung zu dem Problem werden wir es anders hören. Und wenn der Herr Magistratsdirektor sagt ja, es ist dies eine Verpflichtung, dann würde sich jede "Wehrgrabendebatte" erübrigen. Meine Damen und Herren, etwas möchte ich jetzt sagen, in diesem Bescheid steht zum Beispiel - davon habe ich nichts gelesen, wahrscheinlich nur aus Platzmangel - folgendes noch drinnen, daß auch der Nachweis zur Erbringung rechtlicher verbindlicher Unterlagen seitens der beschwerdeführenden Fraktion, also in dem Fall der ÖVP-Fraktion, für die Errichtung eines Kraftwerkes durch die OKA zu verlangen, nicht möglich ist. Es vertritt auch der Bürgermeister der Stadt Steyr in einem Schreiben vom 27. Mai, mit entsprechender Präsidial-Geschäftszahl, die Ansicht, daß es nicht möglich ist, Agenden der Verwaltung an eine Fraktion des Gemeinderates zu übertragen. Das

heißt aber, wenn man logisch denkt, – diesen Vorwurf, meine Damen und Herren erlauben Sie mir, den muß ich bringen. Es ist so, daß der Bürgermeister als Sozialist einen SP-Antrag mit beschlossen hat, von dem er sich aber dann am 27. Mai in einem dementsprechenden Schreiben an das Land distanziert hat. Das müßte man bitte schön doch auch hineinschreiben, wenn man etwas vollinhaltlich berichten will. Ich habe es zumindest dem Gemeinderat berichtet. Schauen Sie, meine Damen und Herren, hier komme ich wieder in die rein sachbezogenen Bereiche zurück, die Zuschüttung des Wehrgrabens oder dessen Offenhaltung ist ein Problem, das nicht die Stadt Steyr alleine betrifft, das wissen wir alle. Es ist aber auch ein Problem, das sich in entsprechenden Stellungnahmen, in entsprechenden Diplomarbeiten niederschlägt. Ich habe eine solche hier, sie stammt von der Universität für Bodenkultur, die mit Mithilfe der Stadt Steyr .. Darf ich jetzt ein Zwiegespräch mit dem Herrn Magistratsdirektor führen, Herr Vorsitzender, oder wäre es vielleicht möglich, daß ich meine Darlegungen alleine durchführe!

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Der Herr Magistratsdirektor hat nur mir persönlich eine Erklärung abgegeben.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Ob die Studien grundlegend richtig oder falsch sind, mag ich und will ich nicht beurteilen. dazu bin ich weniger Techniker als hier vielleicht manche andere glauben, es zu sein. Aber für mich ist diese Studie, meine Damen und Herren, einzig und allein ein Beweis dafür, daß sich auch andere Leute über das Problem Wehrgraben wissenschaftliche Gedanken machen. Die, glaube ich, müßten unter Umständen erstens einmal als falsch bewiesen werden, aber auch gleichzeitig muß festgestellt werden, daß das nicht ein Problem für Steyr alleine ist, sondern ein österreichweites Problem ist. Da komme ich auf das zurück, was ich vorhin sagte, meine Damen und Herren. Wir müssen in diesem Bereich mit jenen Möglichkeiten und mit jenen finanziellen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, eine Lösung schaffen, die uns überall gemeinsam vielleicht dafür gerade stehen lassen. Schauen Sie, etwas hat sich auch schon herauskristallisiert und das war auch der Niederschlag faktisch in der letzten Informationssitzung. Der berühmte Abstieg Teufelsbach. Von den ursprünglich 100 Millionen, dann durch entsprechende Überlegungen, ob überhaupt finanzierbar, ob es sinnvoll ist, das zu tun, bis zur Einbindung verschiedener anderer Zukunftstrassen ein Vorschlag dann gekommen ist und hier auch aus einem Bereich, der sich Gedanken gemacht hat – das muß ich auch sagen, nicht aus dem Haus – und dieser Gedankengang ist dann als richtig anerkannt worden. Wir begrüßen diesen Vorschlag, wir begrüßen diese Lösung. Damit trifft man zwei Fliegen auf einen Schlag. Auf der einen Seite haben wir das Verkehrsproblem ich will nicht sagen dort weg, aber wir haben es zumindest erleichtert. Das zweite ist, es ist mit einem finanziell vertretbaren Aufwand interimsmäßig sicherlich als die günstigste Lösung darstellend durchführbar. Genau so wie wir für die Fußgängerüber-, für die Fußgängerunterführungen uns durch lange Gespräche geeinigt haben, was, wo nun wie gebaut werden soll. Ich glaube, das ist nachweis-, beweisbar und Ausdruck einer demokratischen Willensbildung, aus echter Überlegung, das Bestmögliche nicht für irgend eine Partei, sondern für die Stadt herauszuholen. Wenn nun diese Fußgängerlösungen Blümelhuberstraße einerseits und Ennser Knoten hoffentlich auch im kommenden Jahr andererseits, realisiert werden, dann ist ein Wunsch unser aller in Erfüllung gegangen, den wir uns letzten Endes selber erfüllt haben. Nur sicher nicht mit den dafür vorgesehenen jeweiligen 1 Mill. Schilling im Haushalt, sie kosten ja bekanntlich mehr. Auch an den Verkehrsreferenten im Bezug auf den Straßenbau gerichtet, habe ich sicherlich einige Wünsche. Es ist klar, meine Damen und Herren, daß nur mit entsprechenden Mitteln eine rasche und eine großzügige Lösung in die Wege geleitet werden kann. Aber wir bitten, und das ist nichts Neues, es ist eine langjährige Forderung, doch auch dem Ausbau der Feldstraße, der Verbindung zur Ennser Straße/GFM, der verlängerten Friedhofstraße bei Dornach Rechnung zu tragen. Wir bitten, auch weiters die Gehsteige in der Aschacher Straße, Lohnsiedelstraße und am Taborweg herzurichten. Auch jene in

der Wolfen Straße vom Ratzinger bis zur Waldschenke. Wir bitten, auch die Asphaltierungen ausstehender Bereiche in einem etwas größeren Längenausmaß durchzuführen. Ich verweise auf die verlängerte Friedhofstraße, Dornach, Hasenrathstraße, Zehetner Straße, Goldhanstraße und auch auf die Straßenbeleuchtung ein sorgsames Augenmerk zu richten.

Eines muß ich noch dazusagen, ich möchte aber nicht zu lange werden. Die Wünsche sind bekannt und schriftlich dargelegt, ich wiederhole sie nicht. Wir haben – wie gehört – mit einem Kostenaufwand von 440.000 Schilling die Gehsteigabsenkung in unserer Stadt vorgenommen, also behindertengerecht. Das sind Forderungen, die seit längerer Zeit aufgetaucht sind, sicherlich war der Anlaß dieses Jahr, das rasch durchzuführen, in erster Linie gegeben. Nur eines muß ich schon noch dazusagen. Im Bereich des städtischen Altersheimes, der ganze Umlandbereich, ist von dieser Absenkung oder Abschrägung der Gehsteigkanten ausgenommen. Ich weiß, daß es nach der Ö-Norm behindertengerecht ist, wenn die Kante nicht mehr als 12 cm beträgt. Aber ich glaube, daß auch dort noch entsprechende angepaßte Arbeiten durchgeführt werden können, denn – nicht böse sein – ich habe dort Bemerkungen gehört von Leuten aus diesem Gebiet, die sich nicht unbedingt mit den freundlichsten Ausdrücken über die Leute am Magistrat erschreckt haben, weil das noch nicht gemacht wurde. Vielleicht ist dort oder da, zumindest im Umlandbereich unseres städtischen Altersheimes das noch nachzuholen. Das wollte ich ergänzend hinzugefügt haben.

Wenn wir schon von Straßenkonzept reden, so begrüße ich den Ansatz betreffend die Steiner Straße, ich möchte aber bitten, meine Damen und Herren und vor allem den dafür zuständigen Referenten, immer noch in diesem Bereich die große Lösung anzustreben. Zu realisieren wird das im kommenden Jahr nicht mehr sein. Aber eines, glauben Sie nicht, das kostet nichts, daß es an der Zeit wäre, die ganze Verkehrsregelung im Bereich der Katzenwaldgasse – Damberggasse zu überdenken? Es gibt gewisse Praktiken, denen ein Verkehrsteilnehmer gewohnheitsmäßig unterliegt, und daß die derzeitige Regelung nicht die verkehrsgünstigste ist glaube ich werden mir alle, die kraftfahrmäßig auf unseren Straßen unterwegs sind, bestätigen. Es ist dies eine Frage der Beratung, eine Frage des Verkehrsausschusses, einen Beschluß im Sinne einer Änderung dieser Regelung herbeizuführen. Das kostet kein Geld.

Nun gestatten Sie mir ein paar Ausführungen zu dem, was uns eigentlich die Grundlage gibt, überhaupt Haushaltspläne zu erstellen zum Bereich der Wirtschaft. Meine Fraktion war der Auffassung, daß in diesen Zeiten, in dieser Situation der Wirtschaft, auch von Seiten der Stadt Steyr das einer entsprechenden Förderung unterzogen werden müßte, die ausgedrückt und von uns beziffert war in der Größenordnung von 2 Mill. Der Voranschlag weist dafür rund 1 Mill. Schilling auf. Schauen Sie, meine Damen und Herren, die Wirtschaft im allgemeinen und insbesondere nicht nur in Steyr, sondern in Österreich, ist in einer kritischen Lage, die Wirtschaft ist aber jener Teil eines Staates, der es ermöglicht, Arbeitsplätze zu schaffen, Arbeitsplätze zu sichern und Arbeitsplätze zu erhalten. Das heißt aber auch, umgekehrt ist es notwendig, daß jedes Gemeinwesen, ob Bund, Land oder Gemeinden, auch in ihren Möglichkeiten entsprechende Mittel einsetzt, um der Wirtschaft, letztlich dem Motor einer Vollbeschäftigung, auch die Unterstützung angedeihen zu lassen. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß auch das Lans Oberösterreich eine entsprechende Wirtschaftsförderung gegeben hat, denken Sie an die Kreditrahmenaktion 300 Mill. Schilling, daß sich daran die Handelskammer beteiligt hat. Unverständlicherweise allerdings die Arbeiterkammer, obwohl sie aufgefordert wurde, nicht, dann ist das mithin ein Beweis dafür, daß von Seiten der Gemeinwesen die Belange der Wirtschaft als eminent wichtig und erhaltend betrachtet werden und durch ihre Möglichkeiten und Mittel der Wirtschaft eine Förderung angedeihen lassen. Es ist sicherlich richtig wenn Sie sagen, wir haben für direkte Wirtschaftsförderung in Steyr diese 1 Million angesetzt, es wäre zum Teil auch richtig, wenn man sagt Wirtschaftsförderung ist Sache des Landes, aber jene Bereiche der Wirtschaft, die hier in der Stadt ansässig und beheimatet sind, sind auch jene, die uns letztlich die dafür notwendigen, für unser Budget notwendigen Steuern bringen.

Ich darf vielleicht auch erwähnen, daß von Seiten des Landes Oberösterreich in den

letzten drei Jahren an Gewerbe- und Wirtschaftsförderungen direkt 8,5 Millionen gegeben wurden, der Stadt Steyr selber 3,5, daß aus dem Bereich der Wirtschaftsförderung, auf den Fremdenverkehr bezogen, für in Steyr Ansässige 2,1 Millionen und für die Stadtgemeinde Steyr 1,5 Millionen Schilling dafür gegeben worden sind. Und, wie ich auch vor kurzem erfahren habe, - das liegt allerdings auf einer anderen Ebene - 500.000 Schilling aus dem Bereich des Wirtschaftslandesrates Leibenfrost für unser Stadtbad.

Schauen Sie, mit jenen Möglichkeiten, die das Land hat, wird die Wirtschaftsförderung betrieben. Ich bitte also auch hier, in Zeiten wie diesen - jetzt habe ich schon wieder etwas gesagt - die Wirtschaftsförderung von Seiten der Stadt noch mehr ins Auge zu fassen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Wenn er sowieso in einer Koalition ist.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Herr Bürgermeister Weiss, ich hätte mir etwas vorbereitet für diesen Slogan, in Zeiten wie diesen. Ich möchte aber die friedliche Weihnachtsstimmung nicht unbedingt stören, weil ich nicht weiß, ob dort oder da noch eitel Glück und Wonne herrschen würde, wenn man den Spiegel vor die Wand hält. Man muß ja nicht sagen "Spieglein, Spieglein an der Wand, wer ist der Schönste im ganzen Land", sondern man sollte sagen "Regierung, Regierung an der Wand, wer ist die teuerste im ganzen Land?" - und das auf den Bund bezogen. Aber eines darf ich mir vielleicht noch erlauben anzuführen. Es sind doch genügend Verhandlungen geführt worden, es ist dies eine Kleinigkeit, aber die Kleinigkeiten sind es oft, die dort oder da unseren Bürger bedrücken bzw. in unmutig werden lassen. Es ist schon seit langem verhandelt worden über die Ausgestaltung des Kriegerdenkmals in Steyr, zwischen den entsprechenden Vereinigungen, ob KOV usw. und der Gemeinde. Im Jahre 1981 waren dafür 100.000 Schilling vorgesehen, für das Jahr 1982 haben wir 50.000 Schilling vorgesehen. Ist leicht schon etwas geschehen, ist schon etwas fertig, ist schon etwas bezahlt? Irgendwo könnte man doch, wenn man das Budget halbwegs liest sagen, moment ich dokumentiere nur, daß man etwas machen will, aber sicher ist, daß nichts gemacht wird. Das Schicksal vieler Ansatzposten wird ja jeweils wiederum in einem Nachtragsvoranschlag letztlich bewiesen.

Wenn ich heute etwas gesagt habe, was vielleicht nicht überall jeden ins Wort geredet hat, dann verstehen Sie, meine Damen und Herren, das aus der Sicht unserer Fraktion. Wir sind nicht unbedingt da, um ausschließlich Lob zu erteilen, denn das wäre ja fad. Ich glaube das deshalb, denn die Selbstbeweihräucherung ist des öfteren hier schon bewiesen worden. Eines aber, glaube ich, dürfen Sie und werden Sie erkennen, ein ehrliches Bemühen im Großen und wenn es geht auch im Kleinen, etwas zu erreichen, was nicht für eine Partei, was nicht für irgend eine Fraktion, was nicht für eine Person von Vorteil ist, aber etwas zu erreichen, was für die Stadt Steyr von Vorteil ist. Dafür sind wir ja in erster Linie gewählt, unsere Stadt so nach bestem Wissen, Können und Gewissen zu vertreten.

Wenn wir, die Österreichische Volkspartei, heute diesem Voranschlag, auch allen anderen damit verbundenen Anträgen die Zustimmung geben, so ist das nicht aus jener Sicht heraus geschehen, daß Weihnachtsfriede herrscht, sondern dann ist das aus der Sicht geschehen, daß wir das ehrliche Bemühen um einen Konsens anerkennen, daß wir unsere Vorstellungen zum Budget 1982 auch zum Großteil, wenn auch mit Abstrichen versehen, realisiert sehen, dann ist diese Zustimmung auch verbunden aus der Verantwortung für unsere Stadt heraus. Wir wissen, - die Beweise gibt es seit Jahren - daß der Vergleich zwischen Voranschlag, Nachtragsvoranschlag und aber auch Rechnungsabschluß auseinanderklaffen wird. Menschenwerk ist nicht 100 %ig, und hier unter den jetzigen Präambeln - da gebe ich Kollegen Fürst als Finanzreferent recht - ist es undenkbar, ein realitätbezogenes und in allen Phasen durchführbares Budget zu erstellen. Da geht es nicht ihm und uns alleine so, sondern allen. Aber dieses Budget ist Ausdruck eines gemeinsamen Willens im Sinne verantwortungsbewußten Budgetierens, ist auch

Ausdruck in erster Linie der Arbeit jener Beamten, die dafür die Vor- und Hauptarbeit geleistet haben und ich darf seitens meiner Fraktion Herrn Rechnungsdirektor Stary einschließlich aller seiner mit der Budgeterstellung beauftragten und tätigen Mitarbeiter meinen herzlichen und verbindlichen Dank zum Ausdruck bringen. Mit dem Dank an die Erstellung des Budgets ist ein Dank meinerseits aber auch noch abzustatten, das ist der Dank an unsere Steuerzahler, die brav und treu und größtenteils ohne Forderungen und Einforderungen ihren Abgabepflichten nachkommen, die es uns erst ermöglichen, überhaupt ein Budget zu realisieren.

Wenn wir in kurzer Zeit ein paar frohe und besinnliche Stunden gemeinsam feiern, dann gestatten Sie mir, daß ich Ihnen allen konform, Herrn Bürgermeister an der Spitze, Herrn Magistratsdirektor und den gesamten Bediensteten des Hauses, Ihnen persönlich und ihren Familien ein frohes und friedvolles Weihnachtsfest wünsche, möglichst ohne Hektik, um etwas gestärkt, um etwas wiederum Mensch zu sein, in das Jahr 1982 überzutreten, für das ich Ihnen allen persönliches Wohlergehen, Gesundheit, Glück und Erfolg, vorwiegend aber Zufriedenheit wünsche. Diese Wünsche inkludiere ich auch dahingehend, daß unsere Arbeit auch für die Stadt Steyr im Jahre 1982 wieder ein Stück weiter Erfolg bringen wird.

Applaus

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke auch für diesen Beitrag. Nächster Sprecher ist seitens der FPÖ Gemeinderat Mausz.

GEMEINDERAT WINFRIED MAUSZ:

Geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates!

Unsere fortschrittliche Zeit stellt uns vor große Probleme, wie schon Stadtrat Fürst bei seinen Ausführungen eingangs aufgezeigt hat. Steigender Anspruch auf Komfort und die erreichte Vollmotorisierung verschlingen nicht nur das Durchschnittseinkommen des Bürgers fast zur Gänze, sondern auch von Bund, Land und Gemeinden ist dieser Fortschritt bald nicht mehr finanzierbar.

Der ordentliche Haushalt der Gemeinde Steyr steigt 1982 um 9 % auf 446,5 Mill. gegenüber 409,5 Mill. im Vorjahr. Wie wird dieser wiederum erhöhte Voranschlag von der Einnahmenseite finanziert? Man erwartet sich durch eine erhöhte Wohnbauförderung und bei der Finanzwirtschaft insgesamt um 31 Mill. S Mehreinnahmen. Betrachtet man im Gegensatz dazu die Ausgabenseite, so zeigt sich, daß es in keiner Ausgabengruppe des oH gelungen ist, Einsparungen herbeizuführen. Täuschen könnte aber die Gruppe 9 Finanzwirtschaft, denn hier werden um 19 Mill. S weniger Ausgaben veranschlagt als im Vorjahr. Also doch eine gewaltige Einsparung. Ich sage "nein", denn zum ersten Mal ist es nicht möglich, an den aoH auch nur einen einzigen Schilling abzuführen. Voriges Jahr waren es noch 22,2 Mill. S. Der aoH wird also hauptsächlich durch Kredite und Verkäufe von Grundstücken und Gebäuden finanziert. 39 Mill. muß die Stadt bereits für Zinsen und Tilgung ausgeben, dazu allein 29 Mill. an Kreditzinsen. Diese Ausgabe belastet das Budget sehr, sind es doch 8,5 % des gesamten oH, die für den Schuldendienst aufgewendet werden müssen. Die Folge ist, daß im aoH fast alle Budgetgruppen unter die Räder kommen. Der Ausgabenrahmen von 68 Mill. S macht dies deutlich, handelt es sich hier um den seit vielen Jahren geringsten Betrag für Ausgaben. Dies heißt aber für die Wirtschaft, daß diesmal keine besonderen Impulse bzw. Aufträge von der Stadt Steyr zu erwarten sind. Trotzdem wird ein Abgang von fast 18 Mill. präliminiert. Einige Gruppen des stark reduzierten außerordentlichen Budgets zeige ich auf:

Die Ausgaben für Feuerwehr werden um 20 % gekürzt, für Kindergarten- und Tagesheimstättenbau gibt es anstatt 4,2 Mill. nur mehr 1/2 Mill. S, obwohl der Bedarf an Tagesheimstätten nach wie vor vorhanden ist. In der Gruppe 3 für Kunst, Kultur, Altstadterhaltung ist der Ausgabenbetrag gar um 37 % auf 2,7 Mill. (bisher 4,3 Mill.) gesenkt worden. Wenn man die halbe Mill. für den Wehrgraben-Architektenwettbewerb abzieht, bedeutet das sogar eine Senkung des echten Aufwandes für die Fassaden- und Altstadterhaltung, für die Ortsbild- und Denkmalpflege um gar 48 %, also fast um die Hälfte. Dies, obwohl das Wehrgrabengebiet dringender finanzieller Hilfe bedarf. Hier möchte ich auf die Ausführungen des Herrn Stadtrates Kinzelhofer eingehen, der gesagt hat, daß man das Problem Wehrgraben so betrachten sollte, daß man die Argumente des anderen annimmt, daß man die Menschen, die dort leben, anhört und daß man auch die legitimen Grundlagen dafür ins Kalkül ziehen soll. Ich glaube, von unserer Seite haben wir sicher diese genannten Faktoren betrachtet und beachtet. Wir haben in erster Linie mit den Menschen in diesem Stadtteil gesprochen und das dokumentiert sich durch 3000 Unterschriften. Ich will hier keine Wehrgrabendiskussion anfangen, aber ich will die Antwort geben. Wir haben jedenfalls die Menschen befragt, das glaube ich, hat sonst niemand getan, außer die Sozialistische Fraktion, die Gegenveranstaltungen gemacht hat, um Unterschriften zu verhindern. Wir haben unlängst den Stadtparteitag gehabt und hier wurde Ihnen unsere Resolution zugeführt, wo auch der gesetzliche Teil von uns beleuchtet wurde und wir haben uns sehr eingehend mit der Materie beschäftigt und von überall die Antwort erhalten, wie es auch Kollege Fritsch gesagt hat, daß der Bescheid keineswegs bestimmt, daß der Wehrgraben zugeschüttet werden muß.

Selbst beim Straßenbau ist der Ausgabenbetrag um 15 % auf 20,4 Mill. gesenkt worden, was der Bauwirtschaft sicher keine Freude bereiten wird. Die von uns geforderten Mittel für die Gewerbeförderung bleiben leider gleich niedrig. Beim notwendigen Wasser- und Kanalbau wird auch um 20 % auf nur 21,8 Mill. eingeschränkt. Neue Aufgaben und Ausgaben erwachsen in der von uns geforderten Lärmbekämpfung, für die erstmals S 300.000 im aoH eingesetzt werden. Leider wurde unserer Forderung für die Errichtung von Radwegen nicht konkret Rechnung getragen. Ich verstehe unsere Forderung nach Radwegen nicht nur so, daß Randwanderwege errichtet werden, sondern auch im innerstädtischen

Verkehr solche zu errichten für Schüler, für zur Arbeit fahrende Menschen und auch für Leute, die eben gerne Rad fahren, damit auch die etwas sicherer fahren können. Ich weiß, es ist in Steyr nicht leicht, aber man müßte sich doch die Mühe machen, hier eine umfassende Erhebung anzustellen, um ein Konzept für Radwege zu erstellen. Die Finanzierung des aoH ist dieses Jahr äußerst problematisch und da möchte ich einige Posten anführen:

S 300.000,- bekommen wir vom Land; S 21,5 Mill. müssen an Rücklagen entnommen werden; S 22,5 Mill. werden an Darlehen aufgenommen, damit steigt der Gesamtschuldenstand der Stadt Steyr auf 318,7 Mill. per 31. 12. 1981, d. s. S 7.852,- Pro-Kopf-Schulden in Steyr; 6,3 Mill. bringt der Verkauf von Gebäuden und Grundstücken. Dies ist die bisher schlechteste Finanzierung des aoH. In dieser Situation stellt sich die Frage, wie soll das weitergehen? Soll man sämtliche Projekte streichen, dem Fortschritt Einhalt gebieten oder so weiterwirtschaften wie bisher? Beides wird meiner Meinung nach nicht vertretbar sein. Nur ein langfristiges Sparkonzept, das gemeinsam von allen Fraktionen erstellt werden soll, kann uns vor dem Bankrott retten. Verantwortlich ist jeder gewählte Gemeinderat.

Sämtliche Budgetposten müssen genauestens durchforstet werden, um Einsparungsmöglichkeiten zu finden. Manche Ausgaben im oH geben schon zu denken. Die Höhe der Personalkosten, samt Pensionen, beträgt bereits über 190 Mill. Schilling, dazu hat man noch so nebenbei gegen die Stimmen der FPÖ-Fraktion Stadtratspensionen ohne Ansehen des beruflichen Einkommens geschaffen. Sollen uns diese Kosten nicht über den Kopf wachsen, die bereits 42,6 % des oH ausmachen, wird es notwendig sein, eine Verwaltungsreform durchzuführen. Die bisherigen Reformen kosteten aber nur Geld, wie die neu organisierte Weiss'sche Beauty-Farm, sprich Pressestelle, die nun - obwohl die 1000-Jahr-Feier vorbei ist - bereits 2,6 Mill. Schilling verschlingen soll. Auch der Gemeinderat selbst, also wir hier, sind auch die die Sparsamsten. Von bisher 7,4 Mill. sind unsere Kosten um 30 % auf 9,7 Mill. S hinaufgeschneit. 1,367.000,- - auch eine stolze Summe, verbrauchen wir an Verfügungsmitteln, Repräsentationen und Geschenken.

Als ausgesprochen unsparsam empfinde ich auch, wenn Aufträge an Generalunternehmer ohne vorherige Ausschreibung, also ohne Preisvergleich mit anderen, in zig Millionen Höhe vergeben werden. Ich verweise hier auf zwei Beispiele, die zu denken geben. Der Bau der Schule zur Ausbildung von Kindergärtnerinnen, wo keine Ausschreibung für Architekten gemacht wurde, wo die Konkurrenz ausgeschaltet wurde und jeder Preisvergleich ausgeschaltet wurde, kostet 42 Mill. Noch bedenklicher ist der Kauf eines Grundstückes zum Höchstpreis (10 Mill S) mit der Auflage, daß der Verkäufer, sollte auf diesem Grundstück gebaut werden, als Generalunternehmer zu bestellen ist. Hier kann man nicht einmal mehr um den Baupreis verhandeln, denn man hat sich ja "ungeschaut" einen Generalunternehmer eingehandelt.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, bei solchen Fällen hat die FPÖ-Fraktion nicht den Eindruck, daß gespart wird, und wir weisen auch mit aller Deutlichkeit darauf hin. Ein Teil der Aufgabe der Opposition ist nun einmal die Kontrolle, obwohl Sie sagen, die FPÖ kontrolliert nur, arbeitet aber nichts. Die Kontrolle ist ein wichtiger Faktor der Demokratie, warum verbietet man wohl den den Ostblockländern jegliche Opposition und Kontrolle? Gerade Sie als Techniker und ehemaliger Betriebsrat wissen, daß es einerseits eine technische Kontrolle gibt, um Fehlleistungen zu verhindern und einzustellen, andererseits der Betriebsrat den Unternehmer kontrolliert, daß er die Gesetze einhält zum Wohle der Arbeitnehmer. Daher, sehr geehrter Herr Bürgermeister, darf man eine Kontrolle nicht so abwerten.

Eines kann ich Ihnen versichern, meine Damen und Herren des Gemeinderates, wir arbeiten gerne für unsere Stadt, nur muß man uns auch mitarbeiten lassen. Die Arbeit im Gemeinderat drückt sich in Beschlüssen aus. Wie kommen nun solche Beschlüsse zustande? Wir sehen dabei, daß unsere Mitarbeit gar nicht sehr erwünscht ist. Fertige Amtsvorschläge werden in die verschiedenen Ausschüsse eingebracht, diese sind vorher mit der Mehrheitsfraktion abgesprochen. Jetzt sollte eigentlich die Arbeit für alle Fraktionen einsetzen, z. B. zusätzliche Vorschläge, Verbesserungen etc. Freilich, diskutiert wird darüber, jeder darf seine Meinung äußern und Vorschläge machen, aber ändern kann man leider nichts mehr. Unser Wunsch wäre daher, daß die Mehrheitsfraktion in den Aus-

schüssen mehr Verhandlungsspielraum zuläßt, um die Ideen der anderen Fraktionen besser bewerten zu können. Es geht doch nicht in erster Linie darum, daß sich eine Fraktion nach der Arbeit auf die Brust schlägt und sagt, wir haben diese Idee gehabt, es steht doch – so sollte es zumindest sein – in erster Linie das Wohl der Bürger unserer Stadt im Vordergrund. Es sind schließlich die Steuergelder unserer Bürger, die wir hier einsetzen. Ich glaube, Ideen sind in ihrer Qualität nicht von der Anzahl der Mandate abhängig.

Trotz unserer Kritik wollen wir für unsere Stadt dieses Budget mit beschließen und mit verantworten. Daher fordern wir für das nächste Budget deutliche Einsparungen, damit die finanzielle Zukunft unserer Stadt gesichert ist.

Trotz der nicht ganz friedlichen Budgetausführungen von mir möchte ich Ihnen, Herr Bürgermeister, Ihnen sehr geehrter Herr Magistratsdirektor und Ihren Mitarbeitern und den Damen und Herren des Gemeinderates, recht frohe Weihnachten und ein gesundes, arbeitsreiches Jahr – das wird es ja von selbst – wünschen. Das gleiche wünsche ich der Bevölkerung von Steyr.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Nächster Sprecher ist Kollege Tremel namens der KPÖ.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Der Haushaltsvoranschlag für das Jahr 1982 läßt deutlich den Rückgang der Finanzkraft der Stadt erkennen, das ist bereits von meinen Vorrednern deutlich zum Ausdruck gekommen. Mit Gesamtausgaben in der Höhe von rund 515 Millionen Schilling, genau 514,897.200,-, sollen gegenüber dem Nachtragsvoranschlag 1981 - und zwar 537 Mill. - um 22 Millionen Schilling weniger ausgegeben werden.

Im außerordentlichen Haushalt sind statt rund 80 Millionen Schilling nur 68,4 Mill. vorgesehen, die jedoch nur mit Einnahmen von 28 Mill. S aus Rücklagen abgedeckt sind. Der Rest, meine Damen und Herren, muß laut Voranschlag, sofern keine zusätzlichen Einnahmen erzielt werden, auf dem teuren Kreditmarkt geliehen werden. Und die Aufnahme weiterer Kredite wird die Verschuldung der Stadt noch steigern. Der echte Schuldenstand beträgt derzeit bereits rund 316 Mill. Schilling und wird mit Ende 1982 auf rund 336 Millionen Schilling anwachsen. Das entspricht einer Pro-Kopf-Verschuldung von rund 8.600 Schilling. Jedoch, meine Damen und Herren, laut Nachweis des Voranschlages 1982 über den voraussichtlichen Schuldenstand am 31. Dezember 1981 und Sammelnachweis über den Schuldendienst 1982 beträgt der Schuldenstand Ende 1981 318,7 Mill. Schilling und wird um 39,4 Mill. S im kommenden Jahr auf 358,1 Mill. Schilling anwachsen. Demnach wäre die Pro-Kopf-Verschuldung Ende 1982 bereits rund 9.180 Schilling.

Verglichen mit anderen oberösterreichischen Gemeinden liegt die Stadt Steyr, das möchte ich ganz offen sagen, noch günstig. Die Stadt Wels, die das Budget 1982 am 17. Dezember beschließen wird, ist bereits mit 18.000 Schilling pro Kopf verschuldet.

Von den 445 oberösterreichischen Gemeinden waren bereits im Jahre 1980/84 nicht mehr in der Lage, ihren Haushalt auszugleichen und mußten beim Land um insgesamt 60 Millionen Schilling an Bedarfszuweisung für den Budgetausgleich erbetteln. Die von der amerikanischen Regierung ausgehende Hochzinspolitik führt zu einer Mehrbelastung auch unseres Stadthaushaltes. Der Schuldendienst wird um rund 2 Mill. Schilling (21, Mill. Schilling) auf 39 Millionen ansteigen, was vor allem auf die Erhöhung der Zinssätze zurückzuführen ist. Und die Steigerung des Zinsniveaus wird sich umso stärker auswirken, je mehr die Stadtgemeinde gezwungen wird, zur Finanzierung der Investitionen, der Vorhaben im außerordentlichen Haushalt zusätzliche Bankkredite aufzunehmen. Schon bei einer 10jährigen Laufzeit eines Kredites müssen bereits Zinsen im Ausmaß von rund 80 Prozent desselben bezahlt werden und 100 Prozent bereits bei einer Laufzeit von nur 13 Jahren.

Die Entwicklung des Zinsniveaus wird meiner Meinung nach weiter andauern. Denn der Versuch der amerikanischen Regierung, mit dieser Hochzinspolitik die Inflation im eigenen Land zu bekämpfen, die Arbeitslosigkeit zu senken und gleichzeitig die Hochrüstung zu finanzieren, dauert wie Sie selbst wissen, noch an. Daher glaube ich, ist der Wunsch und die Forderung der österreichischen Friedensbewegung nach einer Politik der Abrüstung voll berechtigt und entspricht auch den echten Interessen unserer Bevölkerung sowie auch der Stadtfinanzen.

Der Voranschlag zeigt jedoch gleichzeitig, daß auch vom Bundesbudget her die Benachteiligung der Gemeinden weitergeht und die Länder ebenfalls kräftig an der Schröpfung der Gemeinden beteiligt sind. Der Staat wälzt die Schwierigkeiten vor allem auf die arbeitenden Menschen ab. Obwohl im Jänner nächsten Jahres eine Lohnsteuerreform vorgesehen ist, wird die Lohnsteuer von 70,1 Milliarden im heurigen Jahr auf 74,5 Milliarden im Jahr 1982 ansteigen. Die Mehrwertsteuer wird von 92,3 Milliarden auf 102,3 Milliarden ansteigen. Das Unrecht des Bundes gegenüber den Gemeinden besteht darin, daß von hohen Steuererträgen, die vorwiegend von den Arbeitern und Angestellten erbracht werden müssen, die Gemeinden nur einen relativ kleinen Anteil bekommen, so von der Lohnsteuer 18,1 Prozent und von der Umsatzsteuer nur 11,7 Prozent. Aber von der Bodenwertabgabe, die praktisch nichts bringt, erhalten die Gemeinden bezeichnenderweise einen Anteil von 96 Prozent. Von den 200 Milliarden Schilling teilbaren Steuern entfallen 1982 wie bisher etwa zu 60,5 Prozent an den Bund, zu 21 Prozent an die Länder und nur 18,5 Prozent auf die Gemeinden. Und diese rund 37 Milliarden Schilling werden den Gemeinden nicht voll überwiesen. 13,5 Prozent davon gehen an die Länder, die diese Form sogenannter Bedarfszuweisungen an bestimmte Gemeinden zur Finanzierung wichtiger Vorhaben

weitergeben.

Also, meine Damen und Herren, die Bedarfszuweisungen sind keine Geschenke des Landes Oberösterreich. Es ist auch unwahr, wenn behauptet wird, das Land würde die Bedarfszuweisungen aus seinen eigenen Budgetmitteln den Gemeinden geben. Sie stammen auch nicht aus der Landesumlage, welche die Gemeinden noch immer gleichfalls ungenügenderweise an das Land leisten müssen. An Landesumlage haben die 445 oberösterreichischen Gemeinden im heurigen Jahr eine Summe von rund 428 Millionen zu entrichten. Der Sprengelbeitrag nach dem Krankenanstaltengesetz macht bei allen Gemeinden zusammen genommen 260 Millionen Schilling aus. Innerhalb dieser Gemeindebelastung hat die Stadt Steyr eine schwere Bürde zu tragen. Auch das ist schon in den einleitenden Ausführungen des Finanzreferenten Fürst zum Ausdruck gekommen. Hier wird die Landesumlage von derzeit 19 Millionen auf 23 Millionen im Haushaltsjahr 1982 steigen und der Krankenhausbeitrag wird sich auch von 11 auf 15 Millionen Schilling erhöhen. Das Absinken der Steyrer Wohnbevölkerung laut der Volkszählung vom 12. Mai 1981 um 1.689 Personen auf rund 39.000 Einwohner, wird der Stadt bereits 1982 einen Verlust von 7 Millionen Schilling bringen.

Besorgniserregend ist diese Entwicklung deshalb, weil die Stadt an der Grenze ihrer finanziellen Möglichkeiten angelangt ist, zumindest meiner Meinung nach. Die Ursachen für die allgemeine wachsende Finanz- und Budgetkrise der gesamten öffentlichen Hand sind nach meiner Auffassung und nach der Auffassung der KPÖ die Steuerbegünstigungspolitik zugunsten des Kapitals, der Großunternehmer und der dadurch bewirkte steigende Ausfall an Gewinn-, Kapital- und Vermögenssteuer. Und dazu kommen die üblichen Begleiterscheinungen dieser Politik, die wachsenden Steuerschulden der Großunternehmer oder die alarmierenden Steuerhinterziehungen. Die Steuerbegünstigungsgesetze gehen auf die frühere ÖVP-Regierung zurück, sie wurden aber von der SP-Regierung in einem, mit keinem anderen Land vergleichbaren Maß, ausgebaut. Der Staat verliert so jährlich an die 100 Milliarden an Steuereinnahmen. Und daß dabei die Gemeinden überdurchschnittlich getroffen werden, hängt mit der gemeindefeindlichen Konstruktion des Finanzausgleichsgesetzes zusammen.

Trotz eingetretener und noch vorauszusehender Schwierigkeiten sind jedoch manche Ansätze im Haushaltsvoranschlag 1982 wohl gar zu vorsichtig von der Mehrheitsfraktion erstellt worden. Ich habe das schon bei den Vorbesprechungen erwähnt. So besteht ein Widerspruch darin, daß beispielsweise die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital von rund 54 Millionen Schilling laut Nachtragsvoranschlag 1981 auf nur 35 Millionen Schilling im Voranschlag 1982 zurückgehen soll, während die Lohnsummensteuer von 58 Millionen auf 64,5 Millionen Schilling ansteigen soll. Aber auch die Ankündigung, daß zur Deckung des Abganges im außerordentlichen Haushalt Darlehen in der Höhe von rund 40 Millionen Schilling aufgenommen werden müssen, darf man wohl mit einiger Vorsicht aufnehmen. Bei der Erstellung des Nachtragsvoranschlages 1982 wird sich mit Sicherheit herausstellen, daß sich die eingeplante "Vorsicht" des Finanzreferenten und der Mehrheit des Gemeinderates in Form eines recht kräftigen Körpergeldes in der Höhe von einigen Millionen gut bezahlt gemacht hat. Wenn die Personalkosten nun mehr als 10 Prozent steigen und bereits ein Drittel des gesamten Steyrer Budgets 1982, also 167,7 Millionen dafür aufgewendet werden, obwohl die Bezugserhöhungen nur rund 6 Prozent ausmachen, so hängt dies nicht mit Neueinstellungen zusammen, sondern mit der Gehaltsaufbesserung, die an 550 von - wie schon bekannt gegeben - 760 Bedienstete des Hauses gewährt wurde, da diese weniger als 10.000 brutto verdienen. Das heißt, daß ungefähr mehr wie zwei Drittel der Bediensteten mit einem Nettogehalt von 6.000 - 7.500 bis zu dieser Aufbesserung nach Hause gekommen sind. Also von einer Finanzkraft seitens der Beamten, die Sie erwähnt haben auch als Kaufkraft in Steyr, ist wohl keine Rede.

Das heute zu beschließende Budget ist mit äußerster Vorsicht und Zurückhaltung erstellt und als Sparbudget zu bezeichnen, so ist das schon einige Male zum Ausdruck gekommen. Was die Bezüge der Organe, sprich Funktionsgelder der Gemeindemandatäre betrifft, vermißt die KPÖ-Fraktion die so oft gepriesene Zurückhaltung. Dem Voranschlag zufolge stiegen die Bezüge und Pensionen der Funktionäre von rund 6,7 Millionen Schilling im laufenden Budget auf 7,8 Millionen Schilling und werden bereits im Haushaltsjahr 1982

mit rund 8,4 Millionen Schilling präliminiert. Es gibt bei diversen Aussagen von Fraktionssprechern in dieser Frage immer Unterschiede in den Zahlen. Ich möchte nicht die Fahrtkosten und Benzinpreise dazurechnen und bin so objektiv, daß es nicht 9 Millionen sind für die aufgewendeten Funktionsbezüge, sondern nur 8,4 Millionen. Wenn man einen Vergleich anstellt, so kosteten die Bürgermeister, Stadträte und Gemeinderäte und Pensionisten im Jahr 1972 S 1,700.000,-, und sie werden 1982 das Fünffache, eben die schon angeführten 8,4 Millionen, an Bezügen und Pensionen kassieren.

Die KPÖ-Fraktion ist gegen diese Erhöhung und tritt nach wie vor für eine Kürzung der überhöhten Funktionsbezüge ein, im Hinblick auf die Sparmaßnahmen.

Im Budget für das Jahr 1982 sind bis jetzt Gebührenerhöhungen nicht ausdrücklich vorgesehen. Trotzdem steigen die Erträge der Gebühren und Tarife an, wie zum Beispiel beim Altersheim um 4,5 Millionen Schilling und beim städtischen Kindergarten. Durch die Blume habe ich schon vernommen vom Fraktionssprecher der Sozialistischen Partei, Kollegen Kinzelhofer, daß im kommenden Jahr eine empfindliche Gebühren- und Tariferhöhung herankommt. Durch die Blume wurde das gesagt, außer Du kannst nachträglich erwähnen, was sonst damit gemeint war. Ich wäre dafür sehr dankbar. Hier zeigt sich die Folge der Automatisierung von Tarifen und Gebühren, die die KPÖ-Fraktion stets abgelehnt hat, weil sie dazu führen, daß die Bemessungsgrundlagen immer hinter den Gegebenheiten nachhinken.

Der Voranschlag enthält viele Maßnahmen und Vorhaben, denen ich auch bei der Abwicklung des Haushaltes zustimmen werde. Wie dem Straßenbau, dem Bau von Fußgängerüber- und -unterführungen. Es freut mich dabei besonders, daß meine Idee über die Klotzstraße einen Fußgeherübergang zu schaffen, realisiert wurde und in Kürze zur Verfügung steht, allerdings werden wir dafür 2 Millionen aufwenden. Ich habe mir erst gestern diese Baustelle angesehen, es gibt dort Hangrutschungen die die Ursache sind, weil die Steyr-Werke dort aufgeschüttet haben und hier sind wiederum Sanierungsmaßnahmen in erhöhtem Maß notwendig. Auch zu dieser Frage habe ich bei der letzten Sitzung des Gemeinderates die Auffassungen vertreten, daß nicht die Stadt die Anschlußstücke bis zur Direktion und verschiedene andere Dinge durchführen muß, sondern es wäre auch Aufgabe der Steyr, Werke, besonders im Interesse ihrer Bediensteten, daß diese einen Finanzausschuß gegeben hätten.

Auch den Kanalbau im Rahmen des Reinhaltungsverbandes mit 67 Millionen Schilling werden wir unterstützen. Die KPÖ-Fraktion ist für die Sparlösung bei der Errichtung der Straßenverbindung zwischen der Tomitz- und der Schwimmschulstraße. Auch unterstützen wir die Hangsanierung im Bereich des Schiffweges, damit er wieder als Wanderweg benützt werden kann. Gleichzeitig möchte ich feststellen und auch dafür eintreten, daß die Ziele und Vorhaben im außerordentlichen Haushalt auch 1982 realisiert werden.

Nun, meine Damen und Herren, möchte ich noch auf einige Fragen, Probleme und Vorschläge zu sprechen kommen, die zur Budgeterstellung seitens meiner Fraktion, der Mehrheitsfraktion bereits im September schriftlich übermittelt wurden und die auch teilweise Berücksichtigung fanden. Seit 1974 fordere ich zum wiederholten Mal, und mache es auch heute wieder, den Gemeinderat auf, daß die Stadtgemeinde Steyr für die Enttarnung, für die Erneuerung der Hausfassaden an den WAG-Häusern in Münchenholz einen Förderungsbetrag im Ausmaß von 5 Millionen Schilling zur Verfügung stellt, um die Mietzinserhöhung in den kommenden Jahren in Grenzen halten zu können. Die Stadtgemeinde hat und gibt - das haben wir heute von Herrn Bürgermeister Weiss gehört - laufend beträchtliche finanzielle Mittel, viele Millionen Schilling in den letzten Jahren für die Verschönerung unserer Stadt, für die Erhaltung und Sanierung alter Fassaden an privaten Bürgerhäusern aus. Dagegen haben wir an und für sich nichts einzuwenden, da die KPÖ-Fraktion dieser Fassadenaktion im Interesse der Erhaltung historischer Bauwerke auch stets zugestimmt hat. Ich verlange aber auch im Interesse von 2.300 Mietern von Münchenholz, daß auch die Stadt Steyr finanzielle Mittel für die Enttarnung, für eine friedensmäßige Färbelung der Häuser in Münchenholz zur Verfügung stellt. Als erste Hilfe nach längeren Gesuchen hat das Land Oberösterreich 20 Millionen Schilling aus dem Fond für Althausinstandsetzung für die unbedingt erforderliche Generalsanierung der WAG-Häuser in Münchenholz bereitgestellt. Die Gesamtkosten der Wohnhausinstandsetzung belaufen sich jedoch auf 103 Mill.

Schilling und mit dem Zinsendienst und den Kosten für die notwendigen Darlehen wird sich dieser Betrag auf etwa 150 Millionen Schilling erhöhen. Diese 20 Millionen Schilling des Landes werden zwar den teuren Zinsendienst für die Generalreparatur herabsetzen, sind jedoch nur als Darlehen gedacht. Das Land Oberösterreich müßte in diesem außerordentlichen Fall außerordentliche nicht rückzahlbare Mittel aufbringen, wie das vor einem Jahr bei der Subventionierung des BMW-Steyr-Motorenwerkes so großzügig geschehen ist. Das Landessparbudget wurde vor wenigen Tagen von der ÖVP, von der starken SPÖ und natürlich auch von der Freiheitlichen Partei gemeinsam beschlossen. Darin sind genau 50,775.000 enthalten, die zur Parteienfinanzierung dienen und trotz begrenztem Budget 1982 verteilt werden. Davon entfallen auf die ÖVP, die im Land die stärkste Partei ist, nicht weniger als 24 Millionen. Nebenbei bemerkt ist das die Summe, wo wir uns wehren, diese an das Land zahlen zu müssen, nämlich 23 Millionen, die die Stadt an das Land im kommenden Jahr an Landesumlage zu entrichten hat. Die SPÖ bekommt auch etwas, sie ist schwächer im Landtag vertreten, sie bekommt "nur" 20 Mill. Die Supermänner, die immer sagen, wir nehmen nichts an, wir sind für keine Parteienfinanzierung, die Freiheitliche Partei ...

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT EICHHÜBL:

Jetzt zeige ich Dir einmal den Zeitungsausschnitt aus dem Tagblatt ...

GEMEINDERAT OTTO TREML:

... die kassiert 6 Millionen. Natürlich, Genosse Eichhübl, wird sehr wenig von diesen 6 Millionen nach Steyr kommen. Also, meine Damen und Herren des Gemeinderates, Sie sehen, Geld ist für sich selbst, also für die drei Parteien, vorhanden. Diese 50 Millionen wären meiner Meinung nach außerordentliche Mittel in außerordentlichen Zeiten, die für die Haussanierung im Münichholz besser und nützlicher verwendet werden könnten.

Ich habe bereits mehrmals im Gemeinderat eine finanzielle Hilfe für die betroffenen Mieter durch das Land OÖ., die Stadtgemeinde Steyr und die Werksdirektion, die das Einweisungsrecht in diesen Wohnungen hat, gefordert. Ich verlange heute erneut und verstärkt einen Beitrag zu den Enttarnungskosten der Wohnhäuser, die während des 2. Weltkrieges den verunzierenden Tarnanstrich erhalten hatten.

Immer mehr Menschen unserer Stadt, die einen Herzanfall oder einen Herzinfarkt erleiden, sterben während des Transportes in das Steyrer Krankenhaus. Oder, man stellt bereits bei ihrer Einlieferung vom Aufnahmearzt den Tod fest. Gerade in jüngster Vergangenheit - Sie wissen, wen ich damit meine, gab es Fälle, wo ein Notarztwagen Leben hätte retten können. Allgemein ist bekannt, das Weiterleben hängt oft weitgehend davon ab, wie schnell ein Arzt mit den notwendigen medizinischen Geräten zur Stelle ist. Ja, meine Damen und Herren des Gemeinderates, es geht oft nur um Minuten oder Sekunden, die über Leben und Tod entscheiden. Aus dieser Erkenntnis heraus werde ich so lange für einen lebensrettenden Notarztwagen eintreten, bis dieser berechtigte Wunsch erfüllt wird.

Aber es wäre auch Aufgabe des gesamten Gemeinderates, endlich Schritte zu unternehmen, den zuständigen Politiker der Landesregierung, LH-Stellvertreter Possart davon zu überzeugen, daß, so wie in Linz, auch in der Stadt Steyr ein Ambulanzwagen mit Notarzt für schwere Unfälle auf den Straßen und in den Betrieben sowie bei Herzanfällen beim Landeskrankenhaus Steyr bereitsteht.

Ich möchte noch weitere Anregungen der KPÖ-Fraktion zum Voranschlag 1982 in Erinnerung rufen: Kürzlich stellte das Institut für Stadtforschung fest, daß die Stadt Steyr zu jenen österreichischen Städten gehört, in der jede vierte Wohnung des gesamten Wohnungsbestandes sanierungsbedürftig ist. Daher verlangten wir die Bereitstellung von Mitteln für Instandhaltungs- und Renovierungsarbeiten im gemeindeeigenen Wohnhäusern. Es wurden für die Althausanierung 2,6 Millionen Schilling und für die Wohnbauförderung samt Aufschließung von Siedlungsgrund 5,9 Millionen Schilling dotiert und im Voranschlag 1982 verankert. Zur Sicherheit der Arbeiter und Angestellten des zweitgrößten Industriebetriebes der Stadt, der GFM, ist die baldige Errichtung eines Schutzweges mit Ampel auf der Ennser Straße unbedingt erforderlich. Um die Abfahrt der Pkw's vom Parkplatz der GFM auf die weniger frequentierte Steinerstraße zu ermöglichen, ist die

Verbindungsstraße von der Ennser Straße zur Steinerstraße instandzusetzen und zu asphaltieren.

ZWISCHENRUF STADTRAT WIPPERSBERGER:
Ist bereits geschehen!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wenn das schon geschehen ist, danke ich recht herzlich, daß auch diese Anregung, die im September schriftlich dem Finanzreferenten zugegangen ist, so mustergültig und schnell gelöst ist. Es fällt mir daher außerordentlich leicht, trotz meiner kritischen Bemerkungen, auch dem heute vorliegenden Voranschlag die Zustimmung zu geben.

Um die gefahrlose Ausfahrt am Wohngebiet Resthof im Kreuzungsbereich Siemensstraße - Ennser Straße zu gewährleisten, soll ein Verkehrsspiegel aufgestellt werden. Weiters schlagen wir vor, die Errichtung von Wartehäuschen beziehungsweise Überdachung der städtischen Autobushaltestellen in der Gründbergsiedlung, der Seifentruhe, Azwangerstraße, am Taborknoten nächst der Fa. Hofer, in der Ennser Straße gegenüber der Fa. GFM und bei der Haltestelle Haratzmüllerstraße gegenüber der sogenannten Pension Stingeder. Ich möchte auch dazu sagen, es wurde ja in der letzten Zeit eine Reihe von Wartehäuschen aufgestellt, erfreulicherweise. Die Menschen können sich schützend dort unterstellen, sie kosteten meiner Information nach der Stadtgemeinde nichts, sondern die Werbefirmen trugen die Kosten. Ich könnte mir vorstellen, daß man dazu keine größeren Budgetansätze - solche sind im Voranschlag nicht vorgesehen - haben muß, sondern auf der gleichen Basis auch diese Frage in nächster Zeit positiv im Sinne der Autobusfahrer lösen könnte.

Die KPÖ-Fraktion tritt seit Jahren für den Vorrang des nichtmotorisierten Individualverkehrs ein. Daher soll endlich mit der Errichtung von Radwegen begonnen werden. Auch hier wurde heute schon ein bescheidener Ansatz angeführt, im Voranschlag ist das mit 500.000 Schilling präliminiert. Aber meine lieben Freunde, wenn ich mir zum Beispiel die vergleichbare Stadt Wels ansehe, sie ist nicht nur vorne beim Wohnungsbau - wir wissen auch warum - aber sie ist auch hier unserer Stadt wieder eine Nasenlänge voraus. Es gibt dort Radwege und sie haben für das Jahr 1982 2 Millionen vorgesehen. Wir sind daher auch für die Schaffung von weiteren Abstellflächen für Fahrräder im innerstädtischen Bereich. Die bereits errichteten Fahrradständer beim Kulturzentrum auf der Promenade und bei der Taborstiege werden von den Radfahrern stark benützt. Da durch die steigenden Energiekosten immer mehr Pkw-Fahrer auf das Fahrrad umsteigen, schlagen wir die weitere Errichtung von Fahrradabstellplätzen vor. Konkret auf dem Stadtplatz vor dem Kaufhaus Kleider-Bauer, in der Sepp-Stöger-Straße gegenüber dem Ambulatorium der öö. Gebietskrankenkasse, auf dem Brucknerplatz nördlich der Stadtpfarrkirche, entlang der Schloßmauer Zwischenbrücken und in der Bahnhofstraße vor dem Kaufhaus Rossacher. Durch diese Maßnahme würde sicherlich eine Entlastung des innerstädtischen Pkw-Verkehrs erfolgen. Gleichzeitig tritt die KPÖ-Fraktion dafür ein, daß die errichtete Kanaltrasse entlang der Enns, vom Pumpwerk Haratzmüllerstraße bis zur Schönauerstraße als Wander- und Fahrradweg ausgebaut wird.

Seit vielen Jahren gibt es in der Stadt Steyr keinen sozialen Wohnbau, auch wenn manche Vorredner dieses Wort strapaziert haben. Es ist auch allgemein bekannt, daß die Stadtgemeinde selbst keine Wohnungen mehr baut, sondern die GWG der Stadt hat diese Aufgabe bereits seit dem Jahre 1952 voll übernommen und 4177 Neubauwohnungen gebaut. Die Gesamtausgaben für die Wohnbauförderung im Budget 1981 waren von der Stadt aus mit 4 Millionen Schilling präliminiert und wird auf Vorschlag der KPÖ-Fraktion auf über 6 Millionen Schilling im Jahre 1982 erhöht. Meine Damen und Herren, so begrüßenswert diese Erhöhung auch ist, für die Linderung der Wohnungsnot in Steyr stellt sie natürlich nur einen Tropfen auf den heißen Stein dar. Tatsache ist, daß in unserer Stadt rund 1800 wohnungssuchende Familien (einschließlich 400 Pensionistenwohnungswerbern) ca. 700 leerstehende Wohnungen gegenüberstehen. Das ist ein Alarmzeichen für das gesamte Wohnungswesen in unserer Stadt. Es wäre dringend notwendig, diese Sachlage einmal gründlich zu behandeln, weil es die Bevölkerung als Herausforderung empfinden muß, daß trotz großer Wohnungsnot in unserer Stadt hunderte Wohnungen nicht vermietet sind und leer

stehen. Meine Damen und Herren, ich habe mir das etwas genauer angeschaut. Man diskutiert öfter im Wohnungsausschuß und auch im Finanz- und Rechtsausschuß und wird immer wieder vertröstet und man sagt, hier in der Stadt Steyr bei der GWG gibt es keine von uns verwalteten Wohnungen, die leer stehen. Das stimmt, aber es gibt welche, die nicht benützt werden. Hier müssen wir nachschauen und dieses Übel im Interesse der Wohnungswerber abstellen.

Für die KPÖ-Fraktion war das Wohnungsproblem immer eine vordringliche zentrale Frage und ich habe das meistens in meiner Budgetrede deutlich zum Ausdruck gebracht. So konnten wohl für hunderte Steyrer Familien die Wohnbedingungen verbessert werden, allerdings wurde unsere Vorstellung nach sozialen und billigen Mieten bis heute nicht erfüllt. Wenn zum Beispiel die Wohnungsmieten von Jahr zu Jahr steigen, so ist es darauf zurückzuführen, daß SPÖ, ÖVP und FPÖ die Wasser-, die Kanalbenützung- und die Müllabfuhrgebühren sowie die Heizungskosten wesentlich erhöhten. Bei Mieten, die pro Quadratmeter und Monat bei 50 und 60 Schilling liegen, kann man nicht von sozialem Wohnbau in unserer Stadt sprechen. Wenn auch bei Jungfamilien und einkommensschwachen Familien die Nettomiete durch eine Mietzinsbeihilfe abgestützt wird, bleibt doch die große Belastung des Familieneinkommens durch die hohen Betriebskosten bestehen. Betrug das Verhältnis von Miete zu Betriebskosten noch vor wenigen Jahren 70 : 30, so steht es derzeit schon bei 50 : 50 und die Kosten explodieren noch immer. Kürzlich hat die Mehrheit des Gemeinderates den Erdgaspreis für Fernwärme um 63 Prozent erhöht und das wird im kommenden Jahr zu einer weiteren Mietzinserhöhung beitragen. Die Heizungskosten in einer Wohnung der GWG der Stadt Steyr betragen derzeit noch bis Ende 1981 8,70 Schilling pro Quadratmeter. Ab 1. Jänner 1982 werden sich die Heizungskosten in Resthofwohnungen auf 11,90 Schilling je Quadratmeter und im Wohngebiet Ennsleite auf 12,70 Schilling je Quadratmeter Wohnfläche erhöhen. Somit erhöhen sich zum Beispiel die Heizungskosten in einer 90 Quadratmeter großen Wohnung im Steinbrecherring von derzeit 9.396,- Schilling um 4.320,- S auf 13.716 Schilling im Jahr 1982. Darf ich hier daran erinnern, wenn einer von den 550 Gemeindebediensteten eine solche Wohnung hat mit dem Nettoeinkommen, das bei 7.500 bis 8.000 Schilling liegt, so muß er fast zwei Gehälter für die Heizungskosten ausgeben. So sehe ich die Situation. Allein durch die Heizungskostenerhöhung wird die monatliche Miete um 360 Schilling erhöht. Es gibt wieder viele Argumente, warum das so ist, aber Sie haben sicher heute so wie ich die Nachrichten gehört, daß man sich schon wieder geeinigt hat - nicht im Parlament, die entscheiden ja sehr weniger, aber reden sehr viel und lang, aber entschieden wird in der Paritätischen Kommission in einem kleinen Gremium - bis zu 16 % eine Strompreiserhöhung durchzuziehen, die sich auch auf die Mieter auswirken wird.

Ein anderes Beispiel: Ein Kontroll-Facharbeiter der Steyr-Werke bewohnt mit seiner Gattin und seinen zwei Kindern eine 4-Raum-Wohnung mit 103 Quadratmetern in der WAG-Siedlung in Münichholz. Das durchschnittliche Familieneinkommen beträgt 8.697,- Schilling, die monatliche Wohnungsmiete wäre 5.957,- Infolge seines geringen Einkommens erhält er über Ansuchen bei der OÖ. Landesregierung eine Wohnbeihilfe von 2.329,- Schilling, sodaß sich sein Anteil auf "nur" 3.628,- Schilling reduziert. Der Betriebskostenanteil inklusive Mehrwertsteuer beträgt bereits bei dieser Wohnung 2.585 Schilling. Der vierköpfigen Familie verbleiben nach Entrichtung der Wohnungsmiete und der Stromkosten - ohne der angeführten Erhöhung - rund 4.800 Schilling zum Leben.

Die KPÖ-Fraktion vertritt die Auffassung, daß die Wohnung ein wichtiges Menschenrecht ist, dessen Gewährleistung eine Verpflichtung der Gesellschaft und der Gemeinde sein muß. Um aus der Sackgasse der Wohnbaupolitik auf der Basis der Wohnbauförderung 1968 heraus zu kommen, ist die Rückkehr zum sozialen Wohnbau unbedingt notwendig. Es ist durchaus möglich, mehr Wohnungen zu erschwinglichen Mieten zu bauen, wenn die Profite der Bauwirtschaft eingeschränkt, wirksame Maßnahmen gegen die Bodenspekulation ergriffen, die Zinsen für Wohnbaukredite gesenkt und die Mittel aus der staatlichen Wohnbauförderung aufgestockt werden und nicht reduziert, wie man das bei der Budgetdebatte im Parlament vor einigen Tagen hörte. Mit einem Wort, die Wohnung darf nicht Profitobjekt für eine kleine Minderheit sein. Es ist sehr erfreulich, die SPÖ-Bezirksorganisation Steyr brachte beim letzten Parteitag - ich glaube mich nicht zu irren - in Graz im Mai

dieses Jahres den Antrag ein, daß die Mittel für die Subjektförderung, gemeint sind die Mietzinsbeihilfen, in Zukunft vom Bundesministerium für soziale Verwaltung aufgebracht werden soll. Die der Wohnbauförderung zustehenden Budgetmittel sind ausschließlich für Wohnbaumaßnahmen heranzuziehen. Es ist Tatsache, daß ungefähr ein Drittel der im Budget vorgesehenen Mittel oder schon mehr – wie Landesrat Neuhauser erklärte, notwendig sind, um Mietzinsbeihilfen auszuzahlen, damit Menschen heute überhaupt in der modernen Zeit eine angenehme Neubauwohnung haben können. Ich habe ja bereits in meiner Budgetrede vor einem Jahr im Gemeinderat die Forderung erhoben, daß die Mietzinsbeihilfen nicht aus den Mitteln für den Wohnungsneubau entnommen werden, sondern aus allgemeinen Budgetmitteln des Bundes und der Länder – in dem Fall des Landes Oberösterreich – zu bezahlen sind.

Nun zum Abschluß. Nicht alle Wünsche und Forderungen der KPÖ-Fraktion wurden im Voranschlag für das Jahr 1982 berücksichtigt. Aber es konnte immerhin eine Reihe von Verbesserungen, vor allem für die arbeitenden Menschen und Pensionisten erreicht werden. In diesem Sinne werde ich dem vorliegenden Voranschlag für das Jahr 1982, einbezogen natürlich die Ablehnung der neuerlichen Erhöhung der Funktionsbezüge und der kritischen Feststellungen zur Finanz- und Gebührenpolitik, die Zustimmung geben. Gleichzeitig möchte ich Ihnen, meine Herren Bürgermeister, den Damen und Herren des Gemeinderates und Ihren Familien, sowie den Beamten und Bediensteten des Hauses frohe Festtage und ein erfolgreiches und friedliches neues Jahr 1982 wünschen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Wir haben damit die Reihe der Diskussionsredner, soweit ich sie vorgemerkt habe, abgeschlossen. Ich habe keine weitere Wortmeldung mehr vorliegen und ich bitte daher den Finanzreferenten zum Schlußwort.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Verehrte Damen und Herren, ich glaube es wäre ein unbilliges Unterfangen, würde ich auf alle Wünsche, Vorschläge, Kritiken hier separat eingehen. Das wäre sicher nicht in Ihrem Sinne, aber ich werde mich bemühen, die größten, interessantesten und wichtigsten Vorschläge zu beantworten, oder dort, wo anscheinend irrige Auffassungen sind, diese berichtigen.

Ich darf bei Kollegen Vizebürgermeister Fritsch und seinen Ausführungen beginnen. Die Planung Sportplatz Rennbahn, darüber zu urteilen oder ins Detail zu gehen ist erst möglich, wenn die Wasserrechtsbehörde ihre Zustimmung zu den vorgelegten Plänen gibt, und ob sie möglich sind oder nicht. Ein diesbezügliches Schreiben ist im Dezember dieses Jahres an die Behörde ergangen, was die Sportplätze Rennbahn betrifft. Das ist sehr leicht sachlich aufgeklärt.

Etwas tiefer geht es, wenn hier – ob bewußt oder unbewußt – ein Angriff auf die Sozialistische Mehrheitsfraktion gestartet wird im Bezug auf die Religionsfeindlichkeit. Ich glaube dieses Thema ist viel zu ernst, um es in einer Sitzung vor Weihnachten anzuzünden. Ich verstehe es auch nicht, denn es steht einem Vizebürgermeister der Stadt Steyr jede Möglichkeit offen, sich über die Richtigkeit dieser Annahme zu informieren, und ich verstehe es noch viel weniger, da mit Stadtsenatsbeschluß vom 13. 8. 1981 der Ankauf von Holzkreuzen für den Kindergarten Resthof, und zwar für jeden Gruppenraum, bei der Fa. Eckelt genehmigt wurde.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Du hast sie nur nicht erkannt!

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Ich lasse mich gerne von Dir über die Form eines Kreuzes aufklären.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Nachdem diesen Beschluß nicht die Sozialistische Partei alleine gefaßt hat, sondern auch die Volkspartei daran mitgewirkt hat, ist es umso verwunderlicher, daß dieser ..

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

... daß bis heute vergessen wurde, die Kreuze aufzuhängen, damit hast Du recht! Wir waren im Resthof und haben gesehen, daß die Kreuze bis jetzt nicht aufgehängt sind.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Bitte lassen wir den Referenten in Ruhe weitersprechen.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

So weit die Causa Kreuze für den Kindergarten Resthof. Eine Angelegenheit, die ich vielleicht verstehen kann ist, wenn Kollege Fritsch aus Freundschaft zum Herrn Landeshauptmann sich bemüßigt sah, dem Land zu helfen, wenn wir berechnete Forderungen an das Land stellen. Um Gottes Willen, wir tun das ja nicht aus heiterem Himmel heraus! Ich darf Ihnen einige Zahlen bekannt geben aus dem kommunalen Dokumentationszentrum, und zwar die Veränderung der Steueranteile von 1959 bis 1979. Hier hat der Bund ein Minus von 2,9 %, die Gemeinden von Minus von einem halben Prozent und das Land hat ein Plus von 2 % erfahren. Das Land ist also der größte Nutznießer an den gemeinsamen Steuererträgen. Außerdem, auch das muß man in Betracht ziehen, sind die Einkünfte des Landes im Durchschnitt zu 97 % aus Ertragsanteilen – in Oberösterreich ist der Prozentsatz sogar noch ein größerer, ich nenne nur den Bundesdurchschnitt – zusammengesetzt. Wo soll man sich sonst hinwenden, wenn man zu den Benachteiligten gehört, und es gibt welche, die profitiert haben, doch um Gottes Willen an jene, die den Profit haben. Das zu den Forderungen, die übrigens nicht in der Stadt

Steyr allein erhoben werden, sondern auch im Städtebund und dort sitzen nicht nur Sozialisten drinnen. Also vom Städtebund in seiner ganzen Mehrheit wurde bei den letzten Finanzausgleichsverhandlungen ein Prozentteil der Landesumlage bereits den Gemeinden zugewidmet, allerdings nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Aber das unterstreicht die Berechtigung dieser Forderung, sonst würden wir nicht einem so kleinen Prozentteil nachgegeben haben.

Die Forderung betreffend die Feldstraße ist bereits realisiert, darüber, glaube ich, brauche ich Kollegen Fritsch nicht mehr aufzuklären.

Was die Regelung der Verkehrssituation von der Pachergasse zur Schönauerstraße und in der Katzenwaldgasse betrifft, auch dazu kann ich einiges sagen. Im besonderen ist hier an die Vorrangregelung in der Katzenwaldgasse – Damberggasse gedacht. Hier hat die Sozialistische Fraktion in ihrer gestrigen Sitzung bereits eine Empfehlung für die nächste Verkehrsausschußsitzung gegeben, dieser bestimmt notwendigen Regelung Rechnung zu tragen. Man kann sich auch vorstellen, daß, nachdem es eine provisorische Regelung war – das wurde bei der Einführung unterstrichen – man diese Regelung, wenn nötig, z. B. bei Fahrbahnglätte in der Unterführung Damberggasse, auch früher vornimmt, und am 21. Jänner bei dieser Sitzung nachträglich die Genehmigung gibt. Ich glaube, wenn hier Gefahr im Verzuge ist, kann man so handeln.

Ein Kapitel, das Bürgermeister Fritsch sehr ausführlich behandelt hat, ist die Wirtschaftsförderung. Er hat die Zahlen genannt, die das Land Oberösterreich der Stadt Steyr zukommen ließ, und dazu muß man sagen, diese paar Millionen waren im Rahmen des Landes gesehen direkt klein, wenn die Stadt Steyr 4 Millionen diesem Zweck zur Verfügung stellt. Das steht in keinem Verhältnis zueinander, wir waren hier ja äußerst großzügig.

ZWISCHENRUF VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

In dieser Million von der Stadt ist die BMW-Förderung inkludiert, bei den Millionen des Landes ist kein Groschen in den Zahlen, die ich genannt habe, auf BMW bezogen.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Dafür, daß das Land einen einmaligen Betrag für die BMW-Förderung gab, und wir eine längere Verpflichtung haben, kann ich nichts. Dafür stehen im Budget die 4 Millionen – wie sie aufgeteilt werden, ist eine andere Sache – zur Verfügung und die brauchen sich wahrlich nicht verstecken gegen die Förderung des Landes.

Die Bemerkung, daß unser Voranschlag besonders rezessiv wäre, wenn man die Vergleiche nimmt Voranschlag 1981 und Nachtrag, ist richtig. Ich habe auch auf die großen Nachzahlungen hingewiesen, die hier waren. Das ergibt natürlich eine Ausweitung dieses Voranschlages, sodaß der darauffolgende besonders rezessiv im Vergleich zum Voranschlag 1981 mit Nachtrag ist, es handelt sich ja um ein Sparbudget. Aber das ist ein Vergleich, der nicht unbedingt das richtige Bild dessen vermittelt, wie groß die Sparsamkeit im Budget überhaupt ist. Bei der Ausführung des Kollegen Mausz darf ich auch nur annehmen, daß sie in Unwissenheit geschehen ist, denn ich darf nur zwei Beispiele nennen, die ganz besonders herausgestellt wurden. Und zwar hat er ausgeführt, der Straßenbau würde im Jahre 1982 nur 20 Millionen zur Verfügung haben. Hier muß ich sagen, wenn man ein Budget lesen will, muß man anfangen beim ordentlichen Haushalt, dann beim außerordentlichen weitermachen und dann muß man einen Strich machen und das zusammenzählen

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT WINFRIED MAUSZ:

Das kann ich zur Not noch!

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Ich habe das auch nicht angezweifelt, aber Sie haben das nicht getan, denn sonst wären Sie immerhin nicht auf den Betrag von 20 Millionen, sondern auf den Betrag von 32,9 Mill. gekommen, der richtig ist und der Realität entspricht.

Ähnlich ist es beim Abwasser, sprich Kanalbau. Wir haben im Jahr 1981 ganze 19 Mill. zur Verfügung gehabt und wir haben 1982, was Ihrer Aufmerksamkeit entgangen ist, nicht 5 Millionen, sondern 72 Mill. Schilling zur Verfügung. Sie müssen nämlich den Voran-

schlag des Abwasserbeseitigungsverbandes sehen und die dort ausgeworfene Summe mit der der Stadtkanäle zusammen legen, dann bekommen Sie die Summe heraus, die dem Kanalbau gewidmet ist. Ich kann mir nur vorstellen, daß das in Unwissenheit geschehen ist, sonst hätten Sie diese Ausführungen nicht machen können.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT WINFRIED MAUSZ:

Aber dableiben darf ich schon noch?

Gelächter

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Nachdem Gemeinderat Mausz den Heiterkeitserfolg erzielt hat, darf ich bitten, den Referenten wieder weiter sprechen zu lassen.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Über die Kreditaufnahme, die Kollege Tremml besonders angeschnitten hat, darf ich folgendes sagen. Es ist jedem klar, daß es nie erfreulich ist, Kredite aufzunehmen, aber es darf auch nicht der Eindruck erweckt werden, daß alle Kredite, die die Stadt aufnimmt, am Kapitalmarkt zu suchen sind. Das würden wir gar nicht durchstehen, z. B. ein Kanalbau mit Krediten aus dem Kapitalmarkt wäre undenkbar. Hier stehen von der Bundesregierung, vom Wasserwirtschaftsfonds, Kredite zu äußerst niedrigen Kosten zur Verfügung. Der Unterschied zum normalen Kapitalmarkt bewegt sich zwischen 10 - 12 %. Darum schnellst auch der Schuldendienst, sprich Kreditzinsen, nicht so in die Höhe, wie es auf Grund der Annahme, daß Kredite nur am Kapitalmarkt gefunden werden, anzunehmen wäre.

Ein Kapitel, das in der letzten Budgetsitzung durch den Raum gegeistert ist - nicht nur von Kollegen Tremml angeführt - ist ein Notararztwagen für Steyr. Ich darf ausführen, bei den Verhandlungen mit den Fraktionen zum Budget habe ich bereits die Anschauung vertreten, die ich auch jetzt noch habe. Zuerst müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, daß im Steyrer Krankenhaus ein Notararztwagen stationiert werden kann und es muß die Personalfrage dort mit dem Arzt geklärt werden. Kollege Vizebürgermeister Fritsch hat mir erklärt, er wird sich als Gesundheitsreferent bei Herrn Landesrat Possart bemühen, daß die Voraussetzungen im Krankenhaus geschaffen werden

Der Kauf und die ganze Problematik eines Notararztwagens besteht nicht nur darin, die Voraussetzungen zu schaffen, sondern die Finanzierung. Wir werden selbstverständlich versuchen, so wie es in diesen Fällen immer ist, denn es ist nicht alleine Gemeindeaufgabe, Finanziere zu finden und es werden sich die Betreffenden bemühen, diese Frage zu lösen. Wenn das alles klar sein sollte, wird auch der Finanzreferent in der Lage sein, irgend welche Ziffern einzusetzen, die auf Grund von gefaßten Beschlüssen beruhen. Aber früher nicht.

Hochgeschätztes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich möchte nicht mehr Verärgerung oder Heiterkeit hervorrufen und zu meinen Schlußausführungen kommen.

Sie haben dem Voranschlag in der vorgelegten Form die Zustimmung zu geben, durch Ihre Fraktionssprecher zum Ausdruck gebracht. Sie haben, so glaube ich, damit bekundet, daß Sie auch im Jahre 1982 einen gemeinsamen Weg in der Verantwortung zur Bewältigung der bestimmten leichten Aufgaben zu gehen gewillt sind. Gewiß findet nicht jede Post im Zahlenwerk Ihre volle Zustimmung, wie könnte es auch anders sein. Die Bemühung aber, einen Weg zu finden, um diesem Haushaltsplan eine positive Verabschiedung zu geben, war nicht umsonst.

Daß trotz aller finanziellen und wirtschaftlichen Zwänge ein relativ positives Ergebnis aufgezeigt werden kann, verdanken wir in erster Linie dem Fleiß und Können der Steyrer Bevölkerung und der Einsicht Ihrer Beschlüsse im Bezug auf die kommunalen Prioritäten und finanziellen Möglichkeiten in der Vergangenheit. Das läßt uns heute einen Vergleich mit vergleichbaren Städten nicht scheuen, und bedeutet ein gutes Omen für die Bewältigung der vor uns liegenden bestimmt nicht leichten Zukunft.

Ich bitte nun den Herrn Bürgermeister, die Abstimmung über beide Anträge vorzunehmen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke dem Referenten für sein Schlußwort. Wir kommen nun zur Beschlußfassung. Es werden hier verhandelt und beschlossen der ordentliche Haushalt, der außerordentliche Haushalt, der Wirtschaftsplan der Stadtwerke, die Stiftungen und der Dienstpostenplan. Ich bitte also, wenn Sie mit dem Antrag, der hier eingebracht wurde, einverstanden sind, ein Zeichen mit der Hand zu geben? Danke. Ich sehe schon die Einstimmigkeit des Beschlusses, daher erübrigt sich eine Gegenprobe.

Ich darf bei dieser Gelegenheit Kollegen Fürst sehr herzlich danken für seine emotionslosen Vorträge und Antragstellungen und ich glaube, man sollte anerkennen, wie schwer es ist, in Zeiten wie diesen – das sage ich jetzt betont – ein Budget für die Stadt Steyr, in einer Größenordnung wie wir es hier haben, zu entscheiden und vorzubereiten.

Meine Damen und Herren, wir haben nunmehr die bisherigen Beschlüsse noch zur Kenntnis zu bringen, die Kreditsperre ist ja inbegriffen. Kollege Fürst hat – das sage ich noch einmal für das Protokoll – beide Anträge vorgetragen, sie sind in einem zu beschließen, sowohl der Voranschlag mit den Anhängen, die ich hier genannt habe, als auch die Kreditsperre von 20 % in der vorgebrachten Form.

Wir haben die Sitzung bis zur Aktuellen Stunde abgeschlossen. Ich teile mit, daß wir in den vorhergehenden Entscheidungen Beträge von insgesamt 12,839.200,- Schilling zur Freigabebringen.

Zur Aktuellen Stunde nunmehr die Frage ob jemand einen Beitrag hat – SPÖ? Kein Beitrag. ÖVP? Keinen, FPÖ? Ebenfalls kein Beitrag. KPÖ? Auch hier wird kein Beitrag gewünscht.

Meine Damen und Herren, damit ist mir die Möglichkeit gegeben, die letzte Sitzung des Jahres abzuschließen. Sie erlauben mir aber wie immer, bei der Gelegenheit auch meinerseits einige Gedanken zu entwickeln, die unsere Arbeit betreffen.

Ich glaube, ein wesentlicher Bestandteil unserer Voranschläge ist immer der, der unter dem Motto stehen könnte "mehr halten als versprechen". Gerade die Nachtragsvoranschläge beweisen immer wieder, daß wir über das ganze Jahr über die gehaltenen Planungen hinaus noch weitere hinzufügen, wenn es die Notwendigkeit erfordert, und das dient letztlich auch oder nur der Stadt und den Bewohnern dieser Stadt. Es ist logisch und gehört zum politischen Verhalten der Parteien und Fraktionen, daß hier in dieser Sitzung Wünsche angemeldet werden und Vaterschaften deponiert werden. Das war immer so und wird immer so bleiben und das gehört mit zum Salz der Erde in unserer Arbeit, in unserer Gemeinschaft. Der Voranschlag ist für uns ein Wegweiser für das kommende Rechnungsjahr und hiezu muß ich einige Bemerkungen machen, soweit ich sie aus meiner Sicht als Bürgermeister sehe. Die allgemeine Tendenz, den Gemeinden immer mehr Aufgaben durch Gesetzgebung und Verordnungen aufzulasten, hat sich noch verstärkt und wird vermutlich weiter anhalten. Damit verbunden erhöhen sich jene Ausgaben, denen jede Umwegrentabilität fehlt, daher als verlorene Zuschüsse zu werten sind und die Gemeindefinanzen mehr belasten als jene, die Strukturverbesserungen zur Folge haben und Rückflüsse erwarten lassen. Bei unseren Finanzierungsüberlegungen müssen wir daher das besondere Augenmerk der Entwicklung unserer Wirtschaftskraft und der Verfeinerung unseres Strukturgefüges widmen. Nur so können wir die Begriffe Vollbeschäftigung, gehobener Sozialstandard, reiches Kulturangebot weiterhin halten. Von uns als der Stadtverwaltung, als Gemeinderat, wird Mögliches und Unmögliches verlangt. Das Mögliche versuchen wir hier gemeinsam in dieser Gemeindestube zu regeln und zu lösen, das Unmögliche aber greift immer mehr von uns Besitz, wenn die Beziehung Gemeinde, Land, Bund weiter bis zur internationalen Wirtschaftslage in einem Zusammenhang betrachtet wird. Gerade bei der Preis- und Tarifbewegung wird dies besonders deutlich und unsere Ohnmacht sichtbar. Wir stehen vor Problemen, die nicht die Gemeinde alleine hat, die bundesweit, international erkennbar sind. Unsere Auslandsabhängigkeit in der Energieversorgung ist bereits sehr weit vorangeschritten. Wir haben zu wenig, aber zu teure Energie zur Verfügung und wir haben andererseits immer mehr Widerstand bei der Errichtung von Energieerzeugungsstätten, Kernkraftwerken, E-Werksbauten, Kohlekraftwerken. Gleichzeitig aber ist kein Trend bemerkbar, daß etwa ein Verzicht auf den Wohlstandskonsum eingetreten wäre. Die Hochzinspolitik

macht uns insbesondere beim Wohnbau arg zu schaffen und führt auch bei der Kapitalaufnahme zu schweren Belastungen.

In der Gemeinde haben wir ganz besonders die Verkehrsbewältigung als Problem vor uns, wenn ich die Pendlerbewegung, die Verkehrsanschlüsse zu den Hauptstrecken usw. hereinbeziehe. Im allgemeinen wird von der Gemeinde immer versucht, alles umsonst zu bekommen. Es kann nicht billig genug sein, eher soll alles umsonst sein. Wir wissen aber genau, daß dies nicht möglich ist, denn alles, was wir hereinbekommen, wird wieder umgesetzt zum Nutzen derer, für die wir zu arbeiten haben. Die Gemeindeverwaltung ist längst nicht mehr jener Zweig, der nur verwaltet, wir sind längst als Auftraggeber nicht nur für 750 Bedienstete aufgetreten, sondern wir sind auch als Wirtschaftsfaktor, als Auftraggeber in der Wirtschaft für die Bauwirtschaft, wir sind oft auch im Gewerbebereich tätig, wir sind Animatoren für unternehmerische Entscheidungen und wir haben bei unseren Bemühungen immer wieder im Dienstleistungsbereich, im Gewerbe und der Industrie durch Vorleistungen einer Entwicklung einen positiven Vorschub gegeben. Die Schwierigkeiten, die uns in der Umweltrein- und -sauberhaltung noch bevorstehen, werden besonders sichtbar in der Müll- und Abwasserbeseitigung.

Ich glaube, wir sind auch dazu berufen, eine Garantie zur sozialen und zur öffentlichen Sicherheit zu gewährleisten, wir müssen die Bildungs- und Kulturangebote in unserer Stadt Steyr sicherstellen. Das alles erfordert viel an Geld vor allem auch ehrlicher Bemühungen. Trotz vieler Bemühungen möchte ich noch kurz auf ein Thema zurückgreifen. Es ist erkennbar, daß wir bei steigenden Landesumlagen, bei steigenden Beiträgen, die wir an das Land abliefern müssen, immer weniger Rückflüsse zu erwarten haben. Warum? Weil wir darauf keinen Anspruch erheben können, vom Land Oberösterreich oder vom Bund Zuschüsse zu erhalten für unsere Tätigkeit, sondern wir sind hier Bittgänger im wahrsten Sinne des Wortes, im Sinne einer Umverteilung nach Belieben des einzelnen Referenten. Ich bemerke das nicht abwertend, sondern ich bringe damit eine Tatsache zur Kenntnis. Die moderne Kommunalpolitik hat gezeigt, daß heute ganz andere Maßstäbe gelten als früher, denn wir brauchen für unsere Tätigkeit die regionale Übersicht viel mehr, sie darf nicht mehr halt machen an der Stadtgrenze. Diese Zeiten sind längst vorbei, wir müssen eigene Planvorstellungen und eigene Entwicklungskonzepte aufbereiten. Wir müssen auch mit unseren Nachbargemeinden Abstimmung finden, und das bietet sich an in der Errichtung von Verbandsgemeinschaften. Der Kontakt zu den öffentlichen Instanzen, zu den Betrieben, zu Vereinigungen und auch zu den Religionsgemeinschaften gehört zum täglichen Brot des Gemeinderates. Wir werden auch, und das gebietet eine moderne Gemeindepolitik und Demokratieauffassung, die Beachtung von Bürgermeinungen zu berücksichtigen haben, allerdings auch hier nach den demokratischen Grundsätzen und unter Respektierung von gegebenen Mehrheiten. Das gilt allgemein genau so wie auch völlig korrekt für den Gemeinderat, denn auch hier sind Mehrheitsentscheidungen als legal anzusehen. In allen Fällen aber trägt der Gemeinderat die Entscheidung und die Verantwortung und er wäre schlecht beraten, wenn er sich in Einzelfällen unter Druck setzen lassen würde, um so den Blick für das Richtige und Wichtige zu verlieren.

Ich komme hier besonders zu dem heute mehrmals angezogenen Problem des Wehrgrabens. Für mich, meine Damen und Herren, ist das kein Problem und kein Kanalproblem, das ist für mich eine Entwicklungsfrage. Ich möchte hier nur am Rande erwähnen, daß ich mich vergeblich bemüht habe, die oberösterreichischen Architekten zu gewinnen, die zwar zuerst gerne sich um das nun zu vergebende Projekt bemüht haben, aber dann auf Grund von telefonischen Drohungen zurückgeschreckt haben und wir dann das einem Wiener Architekten weiter gereicht haben. Auch dieser hat bereits zwei Anrufe ähnlicher Art bekommen. Sie sehen daher, das ist eine mafiose, die wir auch nicht gutheißen können in unserer demokratischen Auffassung.

Noch ganz kurz der Hinweis, der Gemeinderat wird, wenn die nötigen Aufbereitungen geschehen sind, eine weitere Entscheidungshilfe in die Hand bekommen und ich glaube, daß bei der Tragweite dieser Entscheidungen sich doch keine Gefälligkeitsaus- und -zusagen entwickeln sollten, sondern von Notwendigkeiten und von Möglichkeiten ausge-

gangen werden soll.

Geschätzter Gemeinderat, es wird oft von Kontrolle gesprochen. Niemand ist unter uns, der die Bedeutung einer Kontrolltätigkeit unterschätzen würde oder auch überschätzen würde. Die begleitende Kontrolle ist bei uns reglementiert im Statut, in der Geschäftsordnung, wir haben ein geordnetes Verhältnis von Entscheidung, Verantwortung und Kontrollfunktion. Aber zuerst – das betone ich immer und sage es auch heute – bevor man zu kontrollieren vermag, muß eine Arbeit geschehen sein und wir haben ein prominentes Beispiel in Österreich, daß Kontrolle und Arbeit zwei grundverschiedene Dinge sind. Zum Beispiel der ehemalige Präsident des Rechnungshofes hat seine öffentliche Unfähigkeitserklärung abgegeben, das Selbstbekenntnis, als Manager beim Wiener AKH nicht fungieren zu können, weil ihm jede Selbstbestätigungsfähigkeit fehlt. Wohl aber, die Fähigkeit ist unangetastet, als Präsident des österreichischen Rechnungshofes hat er seine Arbeit gemacht und in dieser Gegenüberstellung sieht man, daß zwei Verantwortungsbereiche miteinander nicht vermischt werden können. Man sollte bei Kontrolle immer wieder bedenken, daß hier verschiedene Gesichtspunkte maßgebend sind und am Wesentlichsten für den Fortschritt ist immer die Leistung.

Meine Damen und Herren, wir sind auch, abgehend von den rein internen Fragen, in sehr unruhigen Zeiten. Wer nicht von uns würde täglich die Entwicklung zum Beispiel in Polen betrachten. Wer von uns wird sich nicht an das Elend, an die Not in den Ländern erinnern, die der Dritten Welt zugehören oder in den Ländern, wo Diktaturen herrschen, in denen Kriege stattfinden. Überall sind es Menschen, die gegen Menschen losgehen. Wir in Österreich leben immer noch, trotz dieser erschwerenden Umstände in der Welt, in relativem Wohlstand, wir haben ein relativ hohes Sicherheitsgefühl, Einzelheiten können das nicht vermindern, und wir haben eines, worum uns viele beneiden, wir haben die Freiheit der Meinungsäußerung, die Freiheit der Person und wir haben den Frieden. Ich glaube gerade hier in Steyr haben wir auch ein Beispiel, wie der Fleiß einer Bevölkerung, wie die Entscheidungskraft eines Gemeinderates dazu beitragen können, das Bürgerbewußtsein zu bestärken, denn das Jubiläumsjahr und die Folgezeiten haben das eindeutig zum Ausdruck gebracht, es gibt keine Schicht in der Bevölkerung, die sich nicht zur Stadt positiv stellen würde, es gibt keine Schicht – ob alt oder jung – egal in welcher sozialen Stellung, die sich nicht zu ihrer Stadt und zu Steyr bekennen würde. Das sind Gemeinschaftsleistungen, die hier zugrunde liegen, die darf man nicht gefährden, weder aus politischem Vorteil noch aus anderen Gründen. Das müssen wir hegen und pflegen eine solche Gesinnung, denn die ist es, die uns auch die Möglichkeit gibt, weiterhin bewußt und verantwortungsvoll für Steyr und die Steyrer Bevölkerung zu wirken und zu arbeiten. Wir dürfen eines – das möchte ich für die Älteren unter uns sagen – nie vergessen, diese Stadt hat einen Notstand erlitten, wie kaum eine andere in Österreich, daher haben wir umso mehr Verständnis für diese Notstände, die es anderswo gibt. Wir müssen dazu beitragen, daß es diese Zeit bei uns nicht mehr gibt. Das sollte ein genereller Auftrag für uns alle sein, den sich jeder persönlich erteilt.

Wir sehen nun dem Weihnachtsfest entgegen, wir stehen in der Adventzeit, wir haben noch nie so früh wie dieses Jahr die Vorbereitungen getroffen und die Sitzung abgehalten. Ich möchte bei der Gelegenheit besonders Kollegen Fürst als Finanzreferent danken und mit ihm Rechnungsdirektor Stary, die vor- und frühzeitig alle Vorbereitungen getroffen haben, damit wir heute beschließen konnten. Den Fraktionen danke ich bei der Gelegenheit, daß sie frühzeitig ihre Wünsche eingebracht haben, daß es möglich war, von Amts wegen noch alles zu verarbeiten und die Einmütigkeit des heutigen Beschlusses bei der Budgetdebatte muß ich ehrlich sagen ist für mich als Bürgermeister ein äußerst erfreuliches Zeichen der Verantwortung, der sich jeder bewußt ist. Wir besinnen uns jetzt wieder auf die eigentlichen Werte unseres Lebens, das ist die eigene Zufriedenheit. Wir brauchen Verständnis, wir müssen zusammenrücken in Zeiten wie diesen – das sage ich jetzt in vollem Ernst – und wir besitzen Güter, die wir nicht hoch genug einschätzen können und das ist, wie schon gesagt, die Freiheit im besonderen als wichtigster Bestandteil unserer persönlichen Entfaltung. Die Erinnerungen an vergangene Zeiten macht uns diese Besinnlichkeit noch leichter. Die Politik,

zu der wir auch gehören, ist auch etwas, was an sich nichts Schlechtes ist, sie wird nur schlecht gemacht leider von Politikern, die sich damit selbst in ihrer Arbeit herabwürdigen. Es wäre wert, darüber zu reden, ob Politik staatsnotwendig ist ja oder nein. Ich muß das absolut bejahen, egal in welchem Spielraum man das sieht und ich glaube, man sollte auch nicht immer Politiker unter Politikern schlecht machen. Damit geben wir schlechte Beispiele jenen, die die Zusammenhänge nicht erkennen und sehen, und dadurch werten wir die eigene Tätigkeit ab.

Ich möchte abschließend zur heutigen Sitzung aber auch ein Dankeschön sagen, ein Dankeschön Ihnen allen für die Zusammenarbeit, die es in diesem Jahr 1981 gegeben hat. Nicht alle Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt, auch das ist ein Teil unserer Demokratieauffassung. Ich danke auch allen Bediensteten dieses Hauses, voran stellvertretend dem Magistratsdirektor, den anwesenden Beamten und Bediensteten für die Bereitwilligkeit, die Beschlüsse des Gemeinderates zu vollziehen, sie in die Tat umzusetzen und dadurch erst den letzten "Tupfen auf das I" zu setzen, das spürbar wird für die Bevölkerung. Ich möchte auch bei der Gelegenheit den Medienvertretern danken, denn ohne öffentliche Berichterstattung wäre unsere Arbeit anonym und das Verständnis für manche Entscheidungen würde absolut fehlen, wenn nicht Presse, Rundfunk und teilweise auch Fernsehen über die Vorgänge in der Gemeindestube berichten würden. Ich möchte nur die Bitte daran anschließen, auch weiterhin zu versuchen, die Darstellungen so objektiv wie möglich weiter zu reichen. Das Großziel unserer eigenen Tätigkeit wird weiterhin schlicht und einfach in den Begriffen münden, daß wir den Steyrern bessere Lebensbedingungen schaffen und das immer fortgesetzt ohne Ende. Es war trotz Differenzen ein gutes Jahr, das können wir alle mitsammen für uns in Anspruch nehmen. Es war ein Jahr der gemeinsamen Arbeit für Steyr und das Ergebnis, das wir vor uns haben, ist überall in der Stadt sichtbar. Leicht gemacht hat sich der Gemeinderat oder der einzelne Gemeinderatsvertreter die Arbeit sicherlich nicht. Ich möchte enden damit, daß Ich Ihnen, meine Damen und Herren der Gemeinderates, und allen übrigen Anwesenden die besten Wünsche zum Weihnachtsfest übermittle, auch Ihren Familien, denn auch die hat manches Mal Sorgen und Mühen mit dem Vater oder der Mutter Gemeinderat, das wissen wir alle aus eigener Erfahrung. Ich verbinde damit aber auch die ehrliche Hoffnung, daß wir für ein friedliches Jahr 1982 uns bereithalten können und daß unsere Arbeit ein erfolgreiches Jahr 1982 bringen soll, im Dienste und zum Nutzen der Bürger und Bewohner unserer so schönen und gepflegten Stadt Steyr.

Applaus

Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 18.45 Uhr.

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Franz Weiss e. h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

OAR. Walter Radmoser e. h.
VB Gerda Gugenberger e. h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Franz Mayr e. h.
Rudolf Steinmassl e. h.